

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Dezember 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfzehntägige Stelle; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 145

Zwischenreden

Bis zur Bekanntgabe des Resultats über die Abstimmung werden noch einige Nummern in das Land hinausgehen. Wann wird es sich zeigen, ob der neue Tarif von der Gehilfenschaft angenommen worden ist, ob auch die Prinzipalität ihm zugestimmt hat oder ob ein tarifloser Zustand eintritt, über den und seine schweren Nachteile sich mancher in unfern Kreisen nicht klar zu sein scheint. Findet der Tarif Annahme, dann wird die Neuwahl der Tariforgane für die neue Periode vor sich gehen.

In der Zwischenzeit sind nun einige Artikel und Anfragen bei uns eingegangen, die von uns kommentiert bzw. beantwortet werden müssen. Dabei handelt es sich jedoch nur um solche Zweifelsfälle oder irriige Auffassungen, die auf unsre Artikel über die Tarifberatungen oder auf das Beschlußprotokoll darüber zurückgehen. Ihre Aufklärung liegt im allgemeinen Interesse, weshalb die öffentliche Behandlung die richtige ist. In tariflichen Angelegenheiten sonst Auskunft zu geben, ist nicht Sache der Redaktion, dafür sind die Tariffunktionäre bzw. das Tarifamt zuständig.

Dann sind noch Geschehnisse und Erscheinungen zu verzeichnen, die auch am besten in der für diese und die nächste Nummer vorgesehenen Zusammenfassung unter der Sammelüberschrift „Zwischenreden“ Behandlung finden können.

Der Streik der Buchdrucker in Düsseldorf

In Nr. 141 des „Korr.“ wird in kurzer, aber schmutziger Weise der Düsseldorf Bewegung gedacht. Zunächst haben wir keinen Abgesandten nach Berlin geschickt. Ein Kollege vom Vorstande hatte familiäre Beforgungen zu erledigen und hat bei dieser Gelegenheit den Zentralvorstand und den Kollegen Schliebs besucht, um dieselben objektiv und wahrheitsgemäß zu unterrichten.

Mit Wortradikalismus nach kommunistisch-bolschewistischen Gewerkschaftsrezepten kann und wird hier nicht gearbeitet werden, wohl aber ist die Kollegenschaft hier gewillt, zu handeln, wenn sie aus ihrer traurigen Lage herauskommen will. Fünf Tage haben wir der Prinzipalität Zeit gelassen, ihr früher gegebenes Versprechen, mit uns zu verhandeln, wenn uns besondere Not drückt, einzulösen. Den Wortbruch läßt sich die Düsseldorf Kollegenschaft nicht gefallen; mit Protesten und Entschlüssen wird man ausgelacht.

Würde mehr in diesem Sinne gehandelt, dann brauchen wir kein so herabwürdigendes Wierwochenrennen mehr. Die Stellung rüchschriftlicher Anträge zur Tarifrevision durch die Prinzipale und die „legitimen“ Abwehr dieser Anträge bilden für uns ein erhebendes Kapitel. Sinter uns fehlt die Sympathie der gesamten Düsseldorf Arbeiterschaft, der Gaukollegenschaft und recht vieler Kollegen aus dem Reiche. Wir kämpfen gewerkschaftlich zielklar ohne politische Beweggründe, nur um eine Lohnerhöhung; die Prinzipale um das Prinzip. Wer hier liegt, soll untre Sache sein. Wenn aber der „Korr.“ im Interesse der Kollegenschaft arbeiten will, dann möge er es auf andre Weise tun.

Was die Redaktion dazu zu sagen hat

Der vorstehende Artikel ging uns in dieser Fassung vom Kollegen Joseph Kirich zu, dem Bezirksvorsitzenden in Düsseldorf. Im Begleitschreiben spricht er von einer Anspielung auf Düsseldorf im Schlusssatz (Nr. 141) zu der Abhandlung „Die Tagung des Tarifausschusses“ und gibt für seinen Artikel dann eine Begründung mit dem Satz: „Es darf diese Anspielung nicht unüberprüfbar bleiben.“ Was nach den eignen Worten des Kollegen Kirich im Begleitschreiben nur als Anspielung, also als Vermutung, zu betrachten wäre, erscheint in seinem Artikel ohne weiteres als die Tatsache einer vom „Korr.“ Düsseldorf gegenüber in schmutziger Weise begangenen Handlung. Wir haben noch niemals jemand so läßlich deduzieren hören und so voraussetzungslos obendrein nicht. Darin muß uns ein jeder beipflichten, der den nackten Tatbestand vernimmt. Wir schreiben nämlich die genannte Artikelserie abschließend wörtlich:

Eine Bemerkung in dem Abschnitt über die besonderen Vorgänge nach der Tarifauschüßung (Nr. 140) dahin ergänzend, daß während der Fertigstellung der vorigen Nummer durch einen aus Düsseldorf beim Verbandsvorstand erschienenen Abgesandten endlich ein Anknüpfungspunkt in diesem Konflikt gegeben ist, möchten

wir zum Schluß die eine Verlickerung allen unsern Mitgliedern zu erstem Nachdenken geben: Der zähe Widerstand der Prinzipalität konnte bei den Verhandlungen meistens noch gebrochen und ihre selbst betonte Kampfbereitschaft abgeköhlt werden durch das gegenüber vielen andern Gewerkschaften noch gute Zusammengehen in unfer schon durch die fast allgemeine Erlangung der Gehilfen einwirkende Organisation. Die Prinzipale haben durch den rüchschriftlichen Charakter ihrer Anträge ihre organisatorische Erstarkung unverkennbar dokumentiert. Macht sich auch in unserm Verbandsamt häufig Zerlegung nach bolschewistisch-kommunistischen Gewerkschaftsrezepten geltend, dann wird der Wortradikalismus wohl auf seine Rechnung kommen, die Prinzipalität aber zu einer radikalen Durchsetzung ihrer Forderungen und Absichten gelangen. Eine Wiederholung des Wierwochenrennens wird dann nicht notwendig sein, weil die Prinzipalität in viel kürzerer Zeit einen für sie ganz andern Ausgang als bei der demütigen Tarifauschüßung vom Oktober/November 1920 durchgesetzt haben würde!

Die vorweggehende ergänzende Bemerkung nimmt Bezug auf die in der Nummer zuvor im Abschnitt 32 unter „Besondere Vorgänge nach der Tarifauschüßung“ zum Schluß geschehene kurze Erwähnung des seit dem 19. November in Düsseldorf bestehenden Konfliktes, wobei wir auch anführten, daß der Verbandsvorstand und die Redaktion bis zum 5. Dezember noch keine Information oder einen Bericht aus Düsseldorf erhalten hätten. (Die Redaktion hat am 10. Dezember dann ein kurzes Schreiben aus Düsseldorf und einiges Zeitungsmaterial erhalten.) Nach Fertigstellung der Nr. 140 erfuhren wir jedoch aus Berlin, daß inzwischen beim Verbandsvorstand ein Kollege aus Düsseldorf erschienen war. Um nicht einer Unrichtigkeit geziehen zu werden, erwähnten wir logisch in Nr. 141, daß nun doch ein Anknüpfungspunkt zwischen Düsseldorf und Verbandsvorstand gegeben worden sei. Daß das betreffende Düsseldorf Vorstandsmitglied wegen familiärer Beforgungen nach Berlin gereist war, halten wir nicht gewiß, wäre auch für uns nebensächlich gewesen. Ein in Berlin weilender Verbandsvorstandsvorsitzender besorg in dem Moment nicht familiäre Angelegenheiten, wenn er auf dem Verbandsbureau oder im Tarifamt erscheint und dort mit den geschäftsführenden Personen Rücksprache nimmt. Das ist allein Grund und Ursprung der geschehenen Erwähnung von Düsseldorf in Nr. 141.

Was nach diesem vorangehenden Satze dann als Schlusssatz zu den erörterten 41 Abschnitten folgt, richtet sich ganz deutlich an „alle unsre Mitglieder“ und ist so unabweislich ein allgemeiner Appell zum ersten Betrachten der allgemeinen Situation, daß seine Beziehung durch den Kollegen Kirich auf die Düsseldorf Bewegung jeden objektiven Leser sprachlos machen muß. Will der Düsseldorf Bezirksvorsitzende etwa bestreiten, daß „Wortradikalismus nach kommunistisch-bolschewistischen Gewerkschaftsrezepten“ in den andern Organisationen sich ausbreitet, und will er uns verwehren, gegen dessen Abergang in unsre Reihen zu warnen, damit das Unternehmertum nicht noch mehr auf seine Rechnung kommt?

Wenn wir boshaft wären, müßten wir das, was er in „schmutziger Weise“ der Redaktion anhängt, als Ausfluß eines schlechten Gewissens betrachten. Bekähen wir aber die Tabulaturungskunst des Kollegen Kirich, dann könnte man schließlich einen Zusammenhang für seine Verwahrung uns gegenüber finden in dem Umfange, daß während der Drucklegung der Nr. 141 uns die kommunistische „Rote Fahne“ vom 9. Dezember zu Gesicht kam, die einen „Wutruf“ — Buchdrucker leib gewarnt! — enthielt, der eine Aufrorderung bildete, bei der Abstimmung den neuen Tarif abzulehnen, und welcher die Unterschrift trug: „Der Zentralausschuß der Opposition im graphischen Gewerbe, Gau Rheinland-Westfalen, i. V. Körner“. Das war der rüchschriftliche Artikel, der mit der läßlichen Überschrift „Zur Urabstimmung“ und mit der noch einfacheren Unterschrift „Düsseldorf — A. Kr.“ uns von dem Kollegen V. Körner zugeht und welcher in Nr. 140 (bei age) gekürzt erschien. Wir haben jedoch erst nach seiner Aufnahme erfahren können, daß auch die Hilfe des kommunistischen Zentralorgans in Anspruch genommen wurde, um von Düsseldorf aus den Ruf ergehen zu lassen, daß der neue Tarif und die Tarifgemeinschaft in die Wollschucht zu werfen sind.

Der Schluß in dem Artikel des Kollegen Kirich wird sehr viele unfer Leser zu der Aufassung gelangen lassen, daß das Arbeiten im Interesse der Kollegenschaft vom

„Korr.“ richtiger geschieht, als wenn es danach ginge, was Kollege Kirich als richtig ansieht.

Daß die Kollegenschaft in ihrer übergroßen Mehrheit über die Tarifberatungen, ihr ideelles wie materielles Ergebnis und das von der Gehilfenvertretung in Hinsicht auf die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse und die große, wenn auch nicht überall gleiche Arbeitslosigkeit gezeigte Verantwortungsbewußtsein für die Allgemeinheit der Kollegen ein andres Urteil hat, als es dem Kollegen Kirich in seinem Artikel aus der Feder geht, dürfen wir bestimmt annehmen. Auch ein Gewerkschaftsführer im kleinen Rahmen wird erst dann zu einem tüchtigen Gewerkschaftler, wenn er immer das Ganze sieht und in seinem Wirkungskreis stets darauf hält, daß über den örtlichen Interessent die des großen Ganzen stehen. Dann findet sich von selbst ein anderer Ton bei etwa unvermeidlichen Polemiken gegen Zentralstellen der Organisation.

Der Stand der Dinge in Düsseldorf

Ist uns bei Abschluß dieser Nummer (16. Dezember mittags) nur ungenügend bekannt, da direkte Mitteilungen noch nicht eingegangen waren. Aus der „Freien Presse“ in Düsseldorf erliefen wir jedoch in letzter Minute, daß die Verhandlungen am Orte noch nicht abgeschlossen wären. Die Prinzipalität hat allerdings vorerst den ihr unter allgemeiner Zustimmung der Gehilfenversammlung am 14. Dezember gemachten Vorschlag, das eigene Auerbieten in Berlin eines Vorstufes von 300 Mk. für Verbeirale und 200 Mk. für Ledige (was eine bedeutende Herabsetzung des von den Düsseldorf Gehilfenvertretern nach in Berlin geforderten Friedenspreises sein würde) in eine feste, nicht abziehbare Weihnachtsgabe mit den gleichzeitigen Beträgen umzuwandeln, nach ganz kurzer Beratung einstimmig abgelehnt. Die Prinzipale stellen außerdem zur Vorbedingung, daß erst die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse, während die Gehilfenschaft in ihrer Formulierung die Einstellung aller forderte. Wenn das die endgültige Stellungnahme der Prinzipalität sein sollte, so wäre sie in dem Punkte der Wiederaufnahme der Arbeit sehr unklar und in materieller Hinsicht bebauerlich. Verstehen wir das letzte Gehilfenangebot richtig und spielen nicht Unfälle mit, die sich untrer mangelhaften Kenntnis der Dinge entziehen, dann müßte dieser Vorschlag doch die Brücke der Verständigung bilden. Denn die Opfer sind auf beiden Seiten so groß, daß nicht mehr allein die Schuldrage entscheiden darf, sondern bestimmend sein muß, wie trotz der Schärfe des Kampfes noch weitere Opfer vermieden werden können.

Die besondere Berücksichtigung der besetzten Gebiete

Ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Das hier eine spezielle Regelung durch die Kreisämter erfolgen könnte, halbe der Tarifauschüßung zugelassen. Das Kreisamt für den Tarifkreis II machte am 13. November den Anfang. In Nr. 134 (Beilage) ist das Ergebnis in Form einer größeren Bekanntmachung mitgeteilt worden; die besonderen Bewilligungen sind gekürzt nach der örtlichen Bedeutung als befohlenes oder Industriegebiet und nach den Lokalzustandsklassen. Für Oberschlesien fand am 17. November in Kattowitz Verhandlung statt. Die dort erreichte Verständigung ist in Nr. 143 unter Kattowitz veröffentlicht worden. Am 8. Dezember ist in Frankfurt a. M. das Kreisamt III zusammengetreten. Nach schwierigen Verhandlungen schied dem zuletzt gemachten Vorschlag der Gehilfenvertretung die Prinzipalität zustimmen zu wollen, jedoch sollte eine Prinzipalsverammlung erst noch ihr Plazet dazu geben. Das Kreisamt IV hat am 9. Dezember in Stuttgart getagt. Es handelte sich hier speziell um Mannheim und die Pfalz. Wie wir vernommen haben, sind die für diese Gebiete erreichten Sonderbewilligungen für die Gehilfen annehmbar.

So weit unsre Informationen reichen, haben die Ergebnisse der Kreisamtsitzungen wieder beruhigung in den betreffenden Gehilfenkreisen eintreten lassen, wenn damit das Existenzminimum unter den heutigen Verhältnissen mit ihrer größeren Erschwerung durch den den Lebensmittelmacher noch schlimmer züchtenden Übergang zur freien Wirtschaft auch nicht erreicht ist. In einer Frankfurter Verammlung wurde zwar trotzdem energisch für Eintritt in den Streik Stimmung gemacht, aber der entsprechende Antrag fand schließlich nur etwa 100 Stimmen. Der größere Teil war sich jedenfalls bewußt, daß

das diesmal zum erstenmal in Anwendung kommende Plebiszit über den neuen Tarif sofort entwertet werden würde, wenn an einem Orte der Urabstimmung durch eigenmächtiges Handeln vorgegriffen wird. Da es nicht zuletzt der radikale Teil der Kollegenschaft gewesen ist, der auf größeres Mitbestimmungsrecht gedrungen hat, so muß die Reaktierung der Urabstimmung von dem in erster Linie verlangt werden. Das kann, wenn es keine Selbstverhöhung sein soll, aber nur geschehen, wenn abgewartet wird, wie sich das Buchdruckeramt in seiner Allgemeinheit einschleibt. Muß durch den Ausfall der Urabstimmung der schicksalsschwere Weg des Kampfes beschritten werden, dann hat ihn die Gesamtheit zu gehen. Ortsliche eigenmächtige Bewegungen nach zentralen Vereinbarungen und Urabstimmung schließen sich nach gewerkschaftlichen Begriffen einander aus. In Frankfurt a. M. wäre übrigens der Prinzipalfakt ein Streik gar nicht so unangenehm gewesen; man glaube nach dem Beispiele von Bremen im Frühjahr und von Düsseldorf jetzt mit einer Einheitszeitung den Kampf noch besser bestehen zu können. So ist untes Willens nur Düsseldorf zu verzeichnen, das nach den Sonderbeschlüssen der Streiksämter um eine weitergehende Erhöhung von 18 Mk. (zusammen also 60 Mk.) seit dem 19. November den Kampf führt.

Solzarbeiter und Buchdrucker

Am 8. Dezember hat nach schwierigen zentralen Verhandlungen über Erhöhung der Löhne in der deutschen Goldindustrie vor dem Reichsarbeitsministerium, ohne daß es zu einem Schiedsspruch gekommen ist, eine Verständigung stattgefunden auf der Basis, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre auf die bestehenden Löhne des Reichstarifs eine Zulage von 10 Proz. erhalten, die unter 22 Jahren von 5 Proz. Auf die bestehenden Akkordpreise soll die Erhöhung sinngemäße Anwendungen finden. Die beiderseitigen Verhandlungskommissionen wurden sich einig, ihren Mitgliedern die Annahme dieses Vorschlags zu empfehlen.

Die Solzarbeiter erhalten damit auch nur eine minimale neue Steuerungszulage wie die Buchdrucker, denn im Durchschnitt aller zwölf Ortsklassen bei uns berechnet sich die für 75 bis 80 Proz. untrer Mitglieder mit 20 Mk. in Betracht kommende neue Steuerungszulage auch auf eine Erhöhung von 10 Proz. (genau von 7,98 Proz. für Berlin bis 11,80 Proz. für lohnzuschlagsfreie Orte). Die Solzarbeiter haben das gleiche Recht, mit diesem Ergebnis unzufrieden zu sein. Da sich das aber so elementar zeigen wird wie bei uns, ist noch eher fraglich, und ob ihre Unterhändler ebenso mit „Anerkennungen“ bechäftigt werden, wie es bei uns jetzt sehr häufig geschehen ist, kann man nach den anderswo zu machenden Erfahrungen auch stark bezweifeln.

79111

Wir Buchdrucker um 100 und mehr Mark schlechter als andre Arbeiter

Mit dieser Kennzeichnung für den unglaublichen Rückstand der Buchdrucker schloß Richtenstein-Callenberg (Wogland) in Nr. 140 den Vogel ab unter dem jetzt wieder einmal sehr starken Behauptungen. Begegnung (Nr. 143) läßt die dortigen Arbeiter mit 50 bis 100 und mehr Mark höherem Lohn als die Buchdrucker wöchentlich nach Hause gehen. Variationen könnten noch manche zu diesen Rekordleistungen im höchsten Maße angeführt werden aus der Flut von Verammlungsberichten in den letzten Wochen. Ein andres Kunststück brachte die Bezirksversammlung in Heide (Nr. 140) fertig, im Bericht darüber wird nämlich die neue Steuerungszulage nach unten abgerundet auf 18, 14 und 9 Mk.

Es fällt uns gar nicht ein, zu bestritten, daß auch in kleinen Städten andre Arbeiter nicht selten höhere Löhne haben als wir Buchdrucker. Der Unterschied wird meistens darauf zurückzuführen sein, daß Bedarfsgewerbe in W. z. gleich gestellt werden. Ist das nicht der Fall, dann sieht es schon anders aus, wie wir das vor kurzem an den neuen zentralen Vereinbarungen für die Herren- und Damenkleiderei nachgewiesen haben. Die Lohnunterschiede in den Kleinfabriken sind aber, wenn nicht gerade Bergarbeiter in Betracht kommen, niemals so, wie die angeführten verfliegenen Behauptungen glauben machen möchten.

Natürlich können wir nicht in jedem Falle die Löhne der anderen Arbeiter zum Beweis anführen gegen solche starke Behauptungen, die auch nirgends so zu Hause sind wie bei den Buchdruckern. Aber von Richtenstein-Callenberg wissen wir, daß die Buchdrucker in Richtenstein mit dem Mindestlohn von 4,45 Mk. pro Stunde dem Normallohn der Gemeinbedarbeiter (4,25 Mk.) voraus sind, und jedenfalls nicht nur diesen, wenn man bei uns die Feiertagsbezahlung noch hinzurechnet. Die Solzarbeiter verdienen allerdings ein Teil mehr und die sonst angehenden Bergarbeiter kommen sogar um 84 Mk. in der Woche höher. Mit den Bergarbeitern kann allerdings bei weitem kein anderer Beruf mit; sie müssen als Vergleich ausschneiden. Von Richtenstein-Callenberg hat man aber diese Arbeiterkränke noch erschicklich höher im Lohn angelegt, um nur die in der Überschrift wiederholte unflüchtige Parallele ziehen zu können.

Ludwigslust (Nr. 141) gab einmal zu, wie schlecht es mitunter noch in solchen kleineren Druckereien ausliehe mit der Durchführung der alten Steuerungsulagen. Richtenstein-Callenberg ist erst in diesem Jahre tariflich mehr in Schutz gekommen. Im vergangenen Jahre haben die Gehälter der einen Druckerei sogar auf die Nachzahlung bei der Maßnahme verzichtet. Es fehlt nur noch, daß aus Königssee in Thür. (Nr. 139) auch solche Löhne angeschlagen

werden. Dort würde ein solches Mundbohrnehmen indes schon eher am Plage sein, denn die Nichtmitglieder der drei Druckereien dabeist bringen das Kunststück fertig, mit 40 bis 86 Mk. auszukommen.

In der gegebenen einen Stichprobe wollten wir einmal darun, was hinter solchen geläufigen Behauptungen steckt und dann erklären, daß man den „Korr.“ nicht als Schutzabladestelle für jeden Unfuss betrachten darf.

„Solidarität“ — eine Klarstellung

„... Mein Einkommen ist seit langem kleiner, als das Existenzminimum für mich und meine Familie ausmacht. Da muß ich sparen, wo ich kann. Und da ich die Fähigkeit des Korrektorenvereins nicht für unbedingt nötig halte für meine Existenz oder die Entwicklung der neuen sozialen Ordnung (es liegt da anders als beim Verband), so mal ich vor allem die Lohnpolitik der Korrektoren (Qualitätszulagen wie bei den Maschinenlehren anfa) deren Ablauf und dafür Entlohnung nach dem Bedürfnis) nicht mehr mitmache, so trete ich eben zurück...“ Dieser Auszug aus einem Briefe, den ich Mitte August dieses Jahres, kurz vor Ercheinen meines Aufsatzes „Artikeln und Aufbau“ in Nr. 95 des „Korr.“, an den Vorsitzenden des Leipziger Korrektorenvereins sandte zur Begründung meines Austritts aus dem Verein, ergibt ein für mich etwas günstigeres Bild als die nur andeutende, deshalb (wohl unbeabsichtigt) mißverständliche Darstellung des Berliner Kollegen Franz Volag im ersten Abhabe seines Artikels „Beutefürsener Schnapphähne“ im „Korr.“ Nr. 138 (Beilage).

Das Wort „Solidarität“ wird (um nur zwei greifbare Beispiele zu geben, die uns nicht unmittelbar betreffen) einerseits in individualistischen Unternehmerverbänden, anderseits in der kommunistischen Gemeinlich angewandt zur Bezeichnung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Es ist nicht erst Mauthner'sche sprachkritische Einstellung erforderlich, um einzusehen, daß man von einem guten Kommunisten nicht wegen des gleichen Wortes „Solidarität“ auch die Eigenchaften und das Verhalten eines brauchbaren Kapitalisten verlangen kann.

Leipzig.

S. Noß.

„Gute Nacht!“

Wer sich von den Korrektoren aber lediglich in die „gnädige“ Fürsorge des Faktors begibt, dem sei zugeufen: Gute Nacht!

(„Korr.“ Nr. 122.)

Sehr richtig, verehrter Kollege K. B. aus dem kleinen Arnberg in Westfa. Das „lediglich“ war es ja gerade, das mich zweimal (Nr. 63 und 104) veranlaßte, den Vergleich „Faktor und Korrektor“ anzustellen. Wenn Sie aber sagen:

„Auch wird dem Korrektor von jedem einseitigen Prinzipal eine so weitgehende Selbständigkeit dem Personal und dem Faktor gegenüber eingeräumt werden, als sie zur ordnungsmäßigen Ausübung seines Berufs unerlässlich ist,“

dann sind Sie arg auf dem Holzwege. Sie können allerdings nicht wissen, welche Klagen mir ins Haus flattern. In Arnberg und andern kleinen Orten, wo ein Korrektor beschäftigt ist, ist es zwar fast immer so, wie Sie es schildern; aber wie sieht es in den Großbetrieben aus, wo zehn, zwanzig, dreißig und mehr Korrektoren beschäftigt werden? Diese Kollegen bilden aber leider einen großen Teil der gesamten Korrektoren. Schon wo zwei oder drei Kollegen tätig sind, waltet der Faktor als „Allschmerz“, und da legt es manchen Kampf, weil nicht alle Faktoren zuvor Korrektoren waren und deshalb die Korrektorenarbeit nicht zu würdigen wissen.

Sch wandte mich zwar an die Faktoren, aber nicht um „Gnade“, sondern um Ehre und Mühsale zur Steigerung unserer Lage; sie sollten uns keine Schwierigkeiten machen! Ist das ein Verbrechen? Was war denn meines „Artikels“ Kern? Vielleicht etwas anderes als der Kern Ihrer Kapuzinade? Gerechte Entlohnung! Anerkennung untrer Fähigkeit!

Wenn Ihr „Standesbewußtsein“ darunter lißt, so bedauere ich Ihr verkehrtes „Ehrgefühl“; und wenn Sie Anstoß nehmen an dem ironischen „Faktors Gnaden“, dann, bitte, lesen Sie den betreffenden Absatz und besonders seine letzten beiden Sätze nochmals recht genau, dann wird sich auch Ihr „Eitel“ über mein „Artikeldchen“ etwas legen. Mit Ihrem Satz: „Es kann es dar nicht so sein!“ schaffi man keine Mißstände aus der Welt; dazu forderte ich immer und fordere auch heute wieder „Arm in Arm mit dir“: Mehr Rückgrat!

Ihre hohe Meinung von den Korrektoren in allen Ehren, aber sie stimmt nicht ganz mit der rauhen Wirklichkeit überein. Leider gibt es auch Korrektoren, die nur durch „gute Verbindungen nach oben“ an den Stempel kamen. Das soll der „Belähigungsachwe“ sein, den Kollege Neuraß (Kön.) in Nr. 120 durch „Freie Bahn dem Wichtigen“, wenn auch ohne große Prüfung“ erlegt wissen will, künftig unterbinden. Auf diesen Standpunkt stellte sich wenigstens der Nürnberger Korrektorenkongress mit der Zustimmung der entsprechenden Tarifforderung. Kollege Neuraß meint zwar: „Ein Saupgrund mit, daß noch so mancher Kollege untrer Sparte fernbleibt“, seien die Korrektorenfrage, die immer nur Entlohnungen brachten. Ja, mein lieber Neuraß, sollen denn erst ein paar Mann die Forderungen durchdrücken und dann vielleicht die andern kommen und „mitmachen“? Nein! Umgekehrt! Im übrigen aber freue ich mich, durch meine „Artikeldchen“ die „Herren Kollegen“ hinter dem Ofen hervorgeholt zu haben. Und deshalb herzlich Guten Morgen!

Berlin.

Artur Grams.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Alfchersleben. Am 5. Dezember hielt der Bezirk Alfchersleben seit 1913 seine erste Bezirksversammlung wieder ab. Anwesend waren 102 Kollegen. Die Alfcherslebener Kollegen begrüßten die Ercheinenden mit zwei Liebern. Kollege König (Halle) entlegte sich in einem ausführlichen Referat seines Berichts von den Tarifverhandlungen. In der Diskussion kam der Unwille der Kollegen über die so Viehrig gehaltene Steuerungsulage zum Ausdruck; jedoch könne der Tarif im allgemeinen in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Annahme empfohlen werden, trotzdem ekkische Paragraphen nicht nach dem Willen der Kollegen sind. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 5. Dezember gubestuchte Bezirksversammlung in Alfchersleben erkennt die Arbeit der Gehilfenvertreter bei der Beratung des neuen Tarifs an. Die Mitglieder können sich jedoch mit der letzten minimalen Steuerungsulage durchaus nicht einverstanden erklären und eruchen den Gehilfenvertreter, sofort nach Fertigstellung des neuen Ortsklassenvergleichs darauf hinzuwirken, daß der Tarifauschuss zwecks Erhöhung der Steuerungsulagen zusammentritt und mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß es dem Provinzial möglich ist, ein entgegnermaßen menschenwürdiges Falein zu fassen.“ Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Entgegennahme der Situationsberichte der einzelnen Orte. Nach Beantwortung ekkicher Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Pf. Berlin. (Stereotypure und Gaidanoplastiker.) Nach Eröffnung der Versammlung am 5. Dezember widmete der Vorliegende dem verstorbenen Mitbegründer un res Vereins, Kollegen Karl Bielefeld, einen warm empfundenen Nachruf. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen. Die Berichtserstattung über die Tarifverhandlungen hatte Kollege Wenzel übernehmen. Er erklärte die frühzeitige Anlegung untrer diesmaligen Monatsversammlung damit, daß den Kollegen vor der Urabstimmung Gelegenheit gegeben werden sollte, sich über einige Punkte auszusprechen und beaurerte den schwachen Beluch bei einer so hochwichtigen Angelegenheit. Das Materialreichen wollte die Prinzipalität entgegen untrer Nürnberger Beschlüssen für die Solzarbeiter sichern, auch ist es leider nicht gelungen, die Speziallieferung der Gehilfenarbeiten aus dem neuen Tarif zu entfernen. Zweifellos sei es gelungen, einige kleine Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif durchzuführen, wenn nicht mehr herausgekommen sei, so liege die Schu d daran sicherlich nicht bei den Gehilfenvertretern. In der Diskussion kritisierte Kollege Schmidt den § 76 betreffend Seber- und Druckerstereotypure, ebenfalls könne von einer Bereinigung des neuen Tarifs gegenüber dem alten die Rede sein, da dieser 111 Paragraphen habe, während der alte nur deren 98 aufwies. Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung an Sonnabenden sei nicht genügend berücksichtigt und zur Vinderung der Not der Arbeitslosen sei so gut wie gar nichts geschehen. Des ferneren bemängelte er, daß die sechs Verbandsmitglieder im Tarifauschuss von der Gnade der zwei Gutenberghändler abhängig seien, wenn sie etwas erreichen wollten. Die bewilligte Zulage von 20 Mk. werde durch die fünfprozentige Druckpreiserhöhung mehr als reichlich wem gemacht; er könne die Kollegen nur bitten, den Tarif abzulehnen. Kollege Lehmann schilderte die Schwierigkeit bei den Verhandlungen; um untrer Gewerbe zu haben und die Druckpreise herabzurücken, müsse der Hebel bei den Lebensmittelpreisen angegriffen werden. Man solle doch nicht einzelne Paragraphen herausreiben, sondern untre Sonderbestimmungen als geschlossenes Ganzes betrachten, und als solches böten sie ganz en. schieden Vorsteile den alten Bestimmungen gegenüber. Er hat die Kollegen, sich vor der Abstimmung ganz genau klar zu werden, wofür sie stimmen wollen. Kollege Stenzhorn wies in seiner Zusammenfassung der Aussprüche darauf hin, daß der ausschlaggebende Punkt für uns der Passus sein müsse: Alle Arbeiten vom Schließen der Form bis zur druckfertigen Platte sind Gehilfenarbeiten. Zum Punkte „Vorlanswahl“ wurde der alte Vorstand, mit Ausnahme des zweiten Schriftführers, wieder vorgeschlagen und bestätigt.

Bingen a. Rh. Am 5. Dezember fand für die Druckorte Bingen, Alzen, Angelheim und Gau-Algeshe in hier eine Versammlung statt, welche zahlreich besucht war. Bezirksvorsitzender Bericht (Mainz) erstattete Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Mannheim und behandelte eingehend die letzte Tarifauschulassung. Wenn auch das materielle Ergebnis der Tarifauschulassung nicht zur Zufriedenheit unserer Kollegen, kann man doch mit dem neuen auf den Tarifgebende zufrieden sein, wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten untre Unterhändler zu kämpfen hatten, um die velen Verschleierungen der Prinzipalsanträge zur Neuerung des Tarifs abzuwehren. Die verschiedensten Diskussionsredner gaben ihren Unwillen bzw. Zustimmung zum neuen Tarif kund. Allgemein wurde die Haltung des Kollegen Schleich verurteilt. In seinem Schlusswort trat Kollege Bericht für die Annahme des Tarifs ein, um nicht einer tariflosen Zeit entgegenzugehen, die den Verlust manchen Fortschritts bringen würde.

Deffau. Die am 23. November abgehaltene Versammlung bedauerte den minimalen Ausfall der Steuerungsulagen, die in keiner Weise den erwarteten Hoffnungen entsprechen. Ebenfalls bedauerte sie die lange Gültigkeitsdauer der neuen Steuerungsulagen, die sich ebenfalls nicht rechtfertigen lasse. Die Versammlung

wünschte vielmehr, daß seitens unzer Gehilfenvertreter schnellstens neue Verhandlungen eingeleitet werden zwecks Erhöhung der Steuerungsulagen.

Schwewe (Merz). Eine außerordentliche Versammlung fand am 30. November in Schwewe statt, zu der sich die Kollegen der Driservereine Alfordorf und Schwewe vollständig eingeladen hatten. Der Gehilfenvertreter des Kreises III, Kollege Nepedts (Frankfurt a. M.), erstattete einen ausführlichen Bericht über die Tarifverhandlungen, der von der Versammlung mit großem Interesse verfolgt wurde. In der Besprechung kam zum Ausdruck, daß die Steuerungsulage recht häufig ausgefallen sei und den Gehilfen nicht das gebracht habe, was sie erwartet hatten. Nachdem die Berichte der einzelnen Driservereine entgegengenommen worden waren, fand die von etwa 50 Kollegen besuchte Versammlung ihren Abschluß.

J. Gunda. Am 2. Dezember erstattete unser Gehilfenvertreter Nepedts (Frankfurt a. M.) in einer gutbesuchten Versammlung Bericht über die Tarifverhandlungen. Er schilderte ausführlich deren Gang und verwies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen die Verhandlungen in Berlin gestanden hätten. In der Diskussion wurde anerkannt, daß die Gehilfenvertreter ihre Schuldigkeit getan haben, lebhaft bedauert wurde indes, daß auch diesmal unsere Prinzipale so wenig Entgegenkommen gezeigt haben. Die letzte Steuerungsulage von 20 Mk. wünschenswert wurde als vollständig ungenügend bezeichnet, auch die lange Dauer nicht gutzugehen und verlangt, daß der Tarifabschluss sich bald mit neuen Steuerungsulagen belassen möge, da ein Auskommen für einen verheirateten Kollegen mit einer Familie mit dem derzeitigen Buchdruckerminimum nicht möglich sei. Der abgeschlossene neue Tarif wurde einer Kritik unterzogen und auch hier bedauert, daß die Gehilfenanträge so wenig Verständnis bei den Prinzipalen gefunden haben. Namentlich rief bei einem Teile der Kollegen die Ablehnung der Ausgleichskasse für kinderreiche Kollegen großen Unwillen hervor. Dieser Ausgleichskasse wurde von verschiedenen Kollegen das Wort geredet. Man konnte es nicht begreifen, daß man den verheirateten Kollegen mit großer Kinderzahl nicht unter der Arme griff, zumal andre Organisationen dies doch schon fertiggebracht haben. Man verlangte, daß unser Gehilfenvertreter bei der nächsten Tarifanschuldigung wieder für diese Ausgleichskasse, oder besser gesagt, für die kinderreichen Kollegen eintreten soll, selbst dann, wenn dies auf Kosten der jüngsten Kollegen gehen müßte. Im großen und ganzen sprachen sich die Diskussionsergebnisse für die Annahme des Tarifs aus, wenn er auch nicht restlos betrieblich.

Göfilingen. Der Bezirk Göfilingen nahm in gutbesuchter Versammlung Stellung zum neuen Tarif. Angefichts der auch weiterhin für die kleinen Orte völlig ungenügenden Entlohnung waren Entlohnung und Erbsitzung allgemein. Zwar wurde eine unmittelbare Ablehnung des Tarifs von keiner Seite empfohlen, aber dringender die berechtigten Wünsche geäußert, daß der Verbandsvorstand recht bald Forderungen stellt, deren Erfüllung den Kollegen der Provinzialstädte das Leben wieder lebenswert macht. Der Bezirk ist es müde, weiterhin solche Resultate der Tarifanschuldigungen als genügend hinzunehmen. Geeignete Schritte an die Prinzipalität werden nach der Abstimmung selbständig unternommen. Mit Rücksicht auf die Bezirkslehrlingsabteilung, die finanziell fast ganz dem Bezirk zur Last fällt, und andern notwendigen Ausgaben wurde der Bezirksbeitrag von 15 auf 50 Pf. erhöht. Ein Vorschlag des Arbeitserkenners Stanke (Göfilingen) über: „Das Reichseinkommensteuergesetz“, der insbesondere die Gerechtigkeit des jetzigen Systems der direkten Steuern betonte, wurde mit Beifall aufgenommen.

Hamburg. (Versammlung der tariffreien Buchdruckergehilfen des Tarifkreises X am 5. Dezember im hiesigen „Gewerkhallaubau“.) Vor der Aussprache über das Ergebnis der Tarifverhandlungen nahm der Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes, Schöke, das Wort. Der Hilfsarbeitertarif sei jetzt ein Bestandteil des Buchdrucker-Tarifs. Es gelte, die Hilfsarbeit, besonders die weiblichen, über die Bedeutung des Tarifs und die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären. An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Kollegen Herrgott, Rump, Martens, Bruhn und v. Appen aus Hamburg, Prüfer und Lorenzen aus Kiel, Georgi aus Lübeck und Wahndt aus Schwerin. Die Anzuldienheit mit dem Erreichen in materieller wie auch ideeller Hinsicht war allgemein. Während einige Kollegen zur Ablehnung des Tarifs bei der Abstimmung aufforderten, waren andre, besonders aus der Provinz, der Meinung, daß man trotz allem angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage des Gewerbes dem Tarif zustimmen müsse. Einmütig war man jedoch der Auffassung, daß die neue Steuerungsulage sowohl für die Großstadt als auch für die Provinz durchaus ungenügend sei und sofort in neuen Verhandlungen beträchtlich erhöht werden müsse. Der engere Zusammenschluß der graphischen Verbände zu einer leistungsfähigen Organisation sei ein dringendes Erfordernis, weil gerade bei diesen Verhandlungen der Graphische Bund verlaßt habe, da Buchdrucker, Buchbinder und Steindruckerei gegenseitig von ihren Verhandlungen nichts wußten. Infolge der vorgeschriebenen Zeit konnte Kollege Kunzler in seinem Schlusswort nur auf die hauptsächlichsten in der Debatte berührten Punkte eingehen. Von der Annahme einer Entschädigung wurde Abstand genommen, weil jeder Kollege am 10. Dezember bei der Abstimmung seine Stimme nach reiflicher Überlegung in die Wagchale werfen kann. Zum Gehilfenvertreter des Tarifkreises X wurden Fr. Kunzler (Hamburg), zum ersten Stellvertreter J. Corti (Hamburg) und zum zweiten Stellvertreter M. Prüfer (Kiel) in Vorschlag gebracht. Für die Wahlen zum Kreislehrlingsaus-

schuß, zum Bezirkslehrlingsauschuss und zum Schiedsgericht wurden eine Reihe heiliger und auswärtiger Kollegen vorgeschlagen.

Hamburg-Altona. (Außerordentliche Generalversammlung am 5. Dezember im „Gewerkhallaubau“.) Das Andenken von drei seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Auf dem Arbeitsnachweise waren eingetragen: 20 Gelehrte, 57 Drucker, 1 Maschinenlehrer, 3 Schneider, 1 Stereotypsetzer, 1 Korrektor, 4 Gießer. Vorsitzender Kunzler gab einen Bericht über die Verhandlungen der aus neun Gehilfen und neun Prinzipalen bestehenden Kommission zur Regelung der Arbeitslohnlage. Als erste erfreuliche Folge des Auftrags des Tarifauschusses habe der Inhaber eines Kleinbetriebes für die erwerbslosen Kollegen 1000 Mark als Weihnachtsgabe zur Verfügung gestellt (Bravoo). Auf Beschluß der Kommission werden die Prinzipale auf dem Zurückverlangen aufgefordert, soviel wie möglich Arbeitslose unterzubringen. Über weitere Maßnahmen, wie Arbeitsbeschaffung usw., wird eine Kommission von drei Gehilfen und drei Prinzipalen weiter beraten. Gaukassierer Corti stellte auf Anfrage aus der Versammlung fest, daß bei der noch vorhandenen Arbeitslosenzahl der für Überstunden abzuführende Betrag bedenklich geringfügig ist. Den Vertrauensleuten wurde aufgegeben, alles aufzubieten, um Arbeitslose in die Betriebe hineinzubekommen. Kollege Jan Peters protestierte gegen das Vorgehen des Tarifauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes des Buchdruckervereins gegen die Kandidaten der Opposition bei der Vertreterwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse. Seine Ausführungen forderten lebhaften Unwillen heraus. In der nächsten Versammlung soll die Angelegenheit gründlich behandelt werden. An Stelle der ausgeschiedenen Schriftführer wurden unter Anberkrafung des § 17 des Statuts zum ersten und zweiten Schriftführer Erbsitzung gewählt. In die Ausschusskommission für den Arbeitsnachweis wurden drei Kollegen entsandt. Über den Antrag des Vorstandes, die Bewilligung der Weihnachtsgabe betreffend, entstand eine längere Aussprache. Alle Redner forderten bedeutend höhere Sätze als die vom Vorstande vorgeschlagenen. Die Versammlung beschloß folgende Sätze für Arbeitslose: Verheiratete 100 Mk. und pro Kind 10 Mk.; Ledige 75 Mk.; Kranke (verheiratet) 80 Mk.; Ledige 40 Mk.; Invaliden 100 Mk.; Witwen 20 Mk.; Reisende 20 Mk. Falls die Erwerbslosigkeit oder Krankheit nach dem 18. Dezember eintritt, wird die Unterstützung nur gewährt, wenn der Betroffene vorher weniger als vier Wochen gearbeitet hat.

Hamburg. (Maschinenlehrer.) In der Versammlung vom 28. November, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte, berichtete Kollege P. Schmidt (Hamburg) über die Tätigkeit der Experten bei den Tarifverhandlungen. Es wurde außerordentlich bedauert, daß von den Forderungen, die auf dem Kongress beschlossen wurden, so gut wie nichts bewilligt worden sei. Besonders wurde verurteilt, daß die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Sonntagsarbeit kein Verständnis gefunden habe. Die prinzipiell geäußerte Geringschätzung der Fortbildungsbeträgen in Maschinenlehrgängen überging man mit Nachsicht, da diese nur gegen besseres Wissen gemacht worden sein können. Im übrigen steht man der Entwicklung der Dinge mit Vertrauen auf die bisherige Geschlossenheit entgegen.

Bezirk Lüneburg. Zu der am 5. Dezember in Lüneburg abgehaltenen Bezirksversammlung war eine große Anzahl Kollegen aus den Orten Lüneburg, Osterort, Harburg, Lauenburg, Lüneburg, Lüdow, Soltau, Alzen, Witten und Wittingen erschienen. Eingang der Verhandlungen staltete der Vorsitzende dem aus dem Amte geschiedenen Kollegen Fr. Mohr für seine 24jährige Führung der Kassegeschäfte den Dank der Kollegenschaft ab. In erster Linie fand der neue Tarif Besprechung. Allgemein war man der Ansicht, daß sehr wenig vom Geiste der neuen Zeit in ihm zu finden sei. Nur als Ganzes betrachtet könne man keine Zustimmung geben. Als ganzlich ungenügend wurde die letzte Steuerungsulage bezeichnet und verschiedentlich dargelegt, wie die Prinzipale bei den Steuerungsulagen an den Gehilfen sehr gute Geschäfte machen. Die Behauptung bei den Tarifverhandlungen, daß namentlich die Provinzdruckereien am Abgrunde stehen, fand eine eigenartige Beleuchtung durch die Berichte aus den Bezirksorten, wo selbst Prinzipale abgegeben haben, daß die Buchdrucker zu niedrig entlohnt würden. Von einem Orte konnte berichtet werden, daß außer der Steuerungsulage noch eine wesentliche Wirtschaftsbeteiligung in beiden Druckereien gewährt wurde. Die allgemeine Anzuldienheit mit der durchaus ungenügenden Entlohnung im Buchdruckgewerbe fand ihren Ausdruck in der einstimmigen Annahme folgenden Antrags an die Gehilfenvertreter: „Die am 5. Dezember in Lüneburg tagende Bezirksversammlung des Bezirks Lüneburg stellt hiermit an die Gehilfenvertreter den Antrag, sofort eine neue Steuerungsulage von den Prinzipalen zu fordern.“ Nach Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung fand die Bezirksversammlung ihr Ende.

München. (Maschinenmeisterbezirksverein. — Vierteljahrsbericht.) Die gutbesuchte Versammlung am 15. Oktober beschäftigte sich nach Erledigung des geschäftlichen Teiles mit der neuen Lehrlingsordnung. Vorsitzender Fellner stellte in sachlicher Weise deren Grundlagen. Anschließend daran wurde die zur Zeit akute Frage der Kurzarbeit erörtert. Eine Reihe von Betrieben sind bereits dazu übergegangen. Auch die technische Seite kam in dieser Versammlung wieder in ausgiebiger Weise zur Geltung. — Am 6. November konnte die Winkler-Presse im Hause von Anort & Hirsh beschäftigt werden. Das

die Mitglieder großes Interesse dafür hatten, zeigte der große Andrang zur Versammlung. Für das Entgegenkommen der Firma unsern besten Dank. — Eines überaus starken Besuchs erfreute sich die Versammlung mit technischem Vortrag am 29. November. Nachdem das Ableben eines Kollegen in üblicher Weise geehrt und eine Reihe Kollegen von Stadt und Provinz aufgenommen worden waren, erstattete Kollege Fellner Bericht über die bisherige Werbestätigkeit in unserm Bezirke. Die neue Verteilung in Zentralkommission, Kreis und Bezirk bezeichnete er als eine glückliche Lösung, obwohl auf der andern Seite die Bezirksvorstände ziemlich Kosten dafür aufzubringen haben. Dies dürfe jedoch kein Hemmnis in untrer Bewegung sein. Unser Tätigkeitsgebiet erstreckt sich über einen ziemlich weiten Kreis von München. Mit Genehmigung kann konstatiert werden, daß bei uns schon ganz schöne Erfolge zu verzeichnen sind. Die Drucker in der Provinz begrüßen diesen Zusammenschluß und freuen sich, nicht wie bisher dauernd in der Luft hängen zu müssen und nun den schon längst gewünschten Anschluß an die Großstadt zu erhalten. Eine Reihe von Orten ist bereits seit kurzer Zeit uns angegeschlossen. Wir haben zur Zeit Mitglieder in Rosenheim, Mesbach, Freising, Moosburg, Schönbühl, Pfarrkirchen. Die Mitglieder in der Provinz werden wir in größtmöglicher Weise sowohl mit technischem wie auch organisatorischem Material unterstützen. Auch werden wir zu gegebener Zeit in Bezirksversammlungen den Kollegen an die Hand gehen. Eine Anzahl Orte ist noch zu bearbeiten, und wir werden nicht eher ruhen, bis wir eine geschlossene und einige Drucker sowohl in Großstadt wie in der Provinz für die kommende Zeit bereit haben. Darum eruchen wir alle Drucker der Provinz, sich uns anzuschließen. Nicht darum ist es uns zu tun, nur Beiträge zu leisten, nein, Kollegen, in erster Linie wollen wir die so notwendige Aufklärung auf allen Gebieten unsres Berufs und der Organisation auch den Kollegen zugute kommen lassen, welche, abgeschlossen von der Großstadt, Unterstützung so notwendig gebrauchen. Allen vorwärtsstrebenden Provinz-Kollegen ist jetzt die Gelegenheit geboten, sich den Großstadtkollegen in den Bezirksvereinen anzuschließen. Aufnahmegesuche in den Bezirksvereine München sind zu richten an den Bezirksvorsitzenden Joseph Fellner, München, Lindwurmstraße 91 II R. Für alle übrigen Bezirke nimmt Kreisvorsitzende Georg Regu, München, Beldersheimerstraße 9 II L, Meldung entgegen. Den zweiten Teil der Versammlung füllte der Vortrag über die Winkler-Presse, gehalten von unserm Mitgliede Ludwig Sacher, aus. An der Hand von großen, selbstgefertigten Schätzen erläuterte er in leicht faßlicher Weise die Winkler-Presse, die wohl allen Druckmaschinen mit den praktischsten Neuerungen und Verbesserungen vorangeschritten ist. Der Maschine muß eine bedeutende Zukunft zugesprochen werden. Leider kann hier nicht näher auf den Vortrag eingegangen werden. Die gabelrecht erschienenen Jubilar dürfen wohl manch praktische Wünsche mit nach Hause genommen haben. Unsern Kollegen Sacher sei auch hier der Dank für seine lehrreichen Ausführungen sowohl bei der Besichtigung wie auch beim Vortrage zum Ausdruck gebracht.

Münster i. W. (Bezirksversammlung vom 28. November war äußerst stark besucht. Insbesondere waren die auswärtigen Drucker sehr gut vertreten. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein Begrüßungswort des Gauvereins „Epigraphia“. Das Arbeiten von in Kondition stehenden Gehilfen nach Feierabend in kleinen nichttariffreien Druckereien und die dadurch geförderte Schmutzkonkurrenz erfuhr durch den Vorsitzenden eine scharfe Kritik mit dem Hinweis, daß für solche Gehilfen in untrer Organisation kein Platz sein könne. Auch wurde auf die Notwendigkeit der genauen Einhaltung der Gehilfensätze hingewiesen. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Balfert vorgelesen und fand dankende Zustimmung bei der Versammlung. In längeren Ausführungen referierte Kollege Meister über die Kreisamtsung und die Tarifverhandlungen. Die Kreisamtsung brachte für Münster eine Sonderulage von 4,20 bzw. 7 Mk. Leider war es nicht möglich, für die unter besonderer Steuerung leidenden Kollegen der Orte Dülmen und Gronau eine Zulage zu erwirken. Die Begleitumstände, welche auf die Tarifverhandlungen besonders ungünstig einwirkten, wurden vom Referenten entpfehlend hervorgehoben, und die Abwehr der von der Gegenseite vertretenen Verschlechterungen fanden volle Würdigung. Die sa. Kosten und durchdachten Ausführungen lösten allseitigen Beifall aus. In der lebhaften, ausgedehnten Diskussion wurde allgemein das geringe Entgegenkommen der Prinzipalität bei der Festsetzung der Steuerungsulage bedauert und die Notlage der Gehilfenschaft geschildert. Die sämtlichen Diskussionsredner traten mehr oder weniger für Ablehnung des Tarifs ein. In seinem Schlusswort hob der Vorsitzende hervor, daß über die Notlage der Gehilfen eine Meinungsverschiedenheit nicht bestehen könne und unterstrich die in der Diskussion hierüber geführten Klagen. Er wies aber darauf hin, daß eine tariflose Zeit für die Gehilfenschaft jedenfalls weitere Nachteile bringen würde, wie die Jahre nach 1888 es in Rheinland-Westfalen und die Zeit nach dem Neunkundenjahr im Allgemeinen gelehrt habe. Auch die große Zahl der Konditionslosen und verkürrt Arbeitenden ist zu berücksichtigen. Mit der Mahnung, die jetzige ungünstige Wirtschaftslage nicht zu unterschätzen und das Für und Gegen reiflich zu erwägen, wurde den Kollegen die Annahme des Tarifs empfohlen. Nach etwa fünfständiger Dauer endete die interessante und anregend verlaufene Versammlung.

Norden (Ostfriesland). Eine am 9. November abgehaltene außerordentliche Versammlung unseres Ortsvereins befaßte sich mit dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen. Die Sitzung der Kollegenschaft kam

In folgender Entschliessung zum Ausdruck: „Die von fast 140 kleinen Mitgliedern des Ortsvereins Nordens D. v. D. B. beschlossene außerordentliche Mitgliederversammlung nimmt mit Entschiedenheit und Erfrischung Kenntnis von dem Ergebnisse der letzten Tarifverhandlungen. Sie erklärt die genehmigte Zulage als Höhe im Verhältnisse zu den in letzter Zeit festgesetzten und noch ständig steigenden Lebensmittelpreisen und verurteilt das unzulässige Verhalten der Prinzipale. Sie fordert von den Gehilfenvertretern die sofortige Kündigung dieser Abmachungen und Umbauung neuer Verhandlungen zu dem gerechten, den heutigen lehren Verhältnissen entsprechenden Entlohnung.“ Die Veröffentlichung dieser Entschliessung wurde zurückgestellt, bis der Entwurf des neuen Tarifs vorlag. — Mit dem neuen Tarif beschlössigte sich eine Verammlung des Ortsvereins am 4. Dezember. In der Besprechung kam die neue Entlohnung zum Ausdruck, da die geringen Verbesserungen durchaus nicht die Gewährung der kleinen Teuerungszulage rechtfertigen. In mancher Beziehung wären sogar noch Verschlechterungen zu verzeichnen. Wohl wurde anerkannt, daß die augenblickliche Lage im Buchdruckgewerbe keine rosige sei; es wurde aber der Prinzipalstand das Recht abgeprochen, die schlechte Konjunktur für sich auszunutzen, zumal die Gehilfenchaft dieses Mittel auch nicht angewandt, trotzdem sie in den letzten Jahren mit ihren Löhnen gegenüber andern Gewerben dauernd im Rückstande war. Auch konnte man sich mit der Schreibweise des „Korr.“ nicht einverstanden erklären, der jetzt so sehr erbe, als wäre noch etwas Besonderes erreicht worden durch die Abwehr der Verfallschlechtsanträge. Dem neuen Tarif zuzustimmen mit dem Gedanken, bei nächster passender Gelegenheit sich für die erstlittenen Niederlage zu rächen, hält die hiesige Kollegenchaft nicht für dem Geiste der Saigemeinschaft entsprechend.

Sg. Plauen. Die am 4. Dezember abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschlössigte sich in erster Linie mit den Tarifverhandlungen sowie der Urabstimmung des neuen Tarifs. Von der Bestellung eines besonderen Referenten wurde Abstand genommen, da in der Bezirksversammlung in Limbach Kollege Kelmholz sich bereits mit diesem Thema befaßt. An Stelle dessen letzte Vorsitzender Kobler den Verlauf und das Ergebnis der Tarifverhandlungen in verständlicher Weise dar, ging auf die erstlittenen Neuerungen und Verbesserungen des neuen Tarifs ein und hob auch dessen Schwächen hervor. Wenn auch der materielle Teil ganz und gar unbefriedigend sei, so empfahl er den Tarif bei der Urabstimmung doch zur Annahme, zumal die Möglichkeit bestehe, die Teuerungszulagen auch vor dem festgesetzten Zeitpunkt zu revidieren. Die in der Diskussion aufstretenden Gegenredner

erkannten wohl die Leistungen der Gehilfenvertreter an, verurteilten dagegen das Verhalten Schliebs' und stellten die Sache so dar, als ob die Buchdrucker die schlechteste Arbeitsgruppe überhaupt sei. Obwohl auch diese Redner den idealen Teil des Tarifs nicht ganz verwerfen konnten, kamen sie doch wegen der geringen Teuerungszulage zur Verneinung desselben. Im Schlusssatz widersetzte der Vorsitzende die Ausführungen der Vorredner und legte die Folgen einer Ablehnung des Tarifs eingehend dar. Anschließend kam nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 4. Dezember tagende Verammlung des Ortsvereins Plauen kann sich unter keinen Umständen mit den Teuerungszulagen zufrieden geben und fordert von den Tarifinstanzen die sofortige Einstellung von Verhandlungen über weitere Erhöhung der Teuerungszulagen.“ Der im September gegründeten Lehrlingsabteilung trafen sofort 43 Lehrlinge bei. Heute gebören ihr 56 an. Wie alljährlich wurde auch diesmal den Kranken und arbeitslosen Kollegen als Weihnachtsgabe ein kleines Geldgeschenk bewilligt.

Leserbedene Eingänge
„Der Str.“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Erscheint halbmonatlich, Heft 5. 2. Jahrgang. (Str.-Verlag, Berlin W 57. Vierteljährlich 6 Hefte) 5,50 Mh., Einzelheft 1 Mk.

- Gestorben**
- In Altwasser am 27. November der Seher Paul Endler von dort, 24 Jahre alt.
 - In Zschym am 30. November der Seher Franz Adams, 63 Jahre alt — Schlagschlag.
 - In Bremen am 27. November der Drucker Friedrich Scharringhausen von dort, 41 Jahre alt — Tuberkulose.
 - In Bremen haben der Drucker H. Schwertfeger, 40 Jahre alt.
 - In Breslau am 5. Dezember der Maschinenlehrer Paul Marquardt aus Sorau (M.-A.), 49 Jahre alt — Darmkrebs.
 - In Emmendingen der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Junck, 71 Jahre alt.
 - In Frankfurt a. D. am 17. November der Buchdrucker Friedrich Robinson aus Johannsburg (Südwestfalen), 24 Jahre alt.
 - In Gießen am 28. November der Drucker Otto Reh, 26 Jahre alt.
 - In Hamburg am 22. November der Seher Friedrich Kuchler von dort, 67 Jahre alt.
 - In Hamburg am 20. November der Seherinvalide G. S. Lichtmann von dort, 74 Jahre alt.
 - In Kolbitz am 22. November der Seher Hermann Senfischel von dort, 54 Jahre alt.
 - In Leipzig am 21. November der Maschinenlehrer Bruno Kanti aus Leipzig-Eutewitz, 28 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 4. Dezember der Seherinvalide Hermann Bögel aus Koblenz, 74 Jahre alt — Altersschwäche.
 - In Leipzig am 27. November der Drucker Karl Waller aus Reichenbach i. Sch., 66 Jahre alt — Schlaganfall.
 - In Bamberg am 19. November der Buchdrucker Otto Steinmüller, 46 Jahre alt.
 - In Nürnberg am 30. November der Seher Johann Schmidt aus Erlangen, 47 Jahre alt.
 - In Rudolstadt am 3. Dezember der Drucker Otto Raß.

In Sleska am 17. November der Korrektor Gustav Reineke von dort, einer der 50jährigen Verbandsjahre vom 20. Mai 1916, 74 Jahre alt.

In Targow am 3. November der Seher Hermann Windmüller aus Pölsdam, 38 Jahre alt.

In Uckermark (Bodenfelde) der Buchdrucker Joseph Meck, 46 Jahre alt — Schlaganfall.

In Wismar am 20. November der Seherinvalide Martin Erdmann aus Gützin, 74 Jahre alt.

In Würzburg am 3. Dezember der Maschinenlehrer Max Bruno Garfert aus Schedwitz bei Zwickau, 41 Jahre alt — Mittelohrentzündung.

Briefkasten

W. A. in G. Wie Sie „eins auf den Fuß“ von einem andern stellen bekommen haben, weil Sie glauben, der lebenden Welt gehört in einem Punkte helfen zu können, ist ein sündiger Akt, den Sie sonst üblich und namentlich uns gegenüber fast zur Regel gehörende Abzumpfungsmaschine. Daran muß man sich nicht übren und seine Meinung weiter verfechten, wenn man nicht tatsächlich eines andern befehrt werden kann. Ihr Artikel kommt nun in nächster Woche dazu, dann wird die Materie wieder zur Behandlung stehen. — A. A. in G. Für Mitteilung jedl. Bank. Was von B. war ja durch den „Korr.“ bekannt. G. G. in G. in B. und andere: Sie Sie mit dem Kollegen S. Hoff jedenfalls noch auf andere Wegen die Waffen hängen müssen als im „Korr.“, so geben wir seine Adresse hier an: Leipziger Str. 11, 4. Etage — A. G. und B. G. in G.: Material und Mitteilungen dankend erhalten. Damit der Brief mit den Anfragen ja am Montag mit der ersten Post dort zur Ausrichtung gelangen sollte, ist er persönlich am Sonntagmorgen um 10 Uhr auf der Hauptpost hier aufgegeben worden. Es liegt also eine unzulässige Vermutung auf dem Fußwege vor. — G. J. in G. in G.: 3,50 Mh. — G. S. in G. in G.: 2 Mh. — G. B. in G.: Warum haben Sie sich nicht gleich in teilmier? Die Redaktion hat zwei Artikel angenommen, die die Urabstimmung im abnehmenden Sinne beeinflussen wollten. Das spricht wieder dafür, daß alle Richtungen im „Korr.“ um Worte kommen. Wo steht denn aber geschrieben, daß wir jeden Artikel, der eingeht, aufnehmen müssen? Wenn dazu ebenso viel oder noch mehr geogt werden muß, um die schlechten Beurteilungen etwas gerade zu richten, dann unterbleibt diese Papier- und Zeitvergeudung lieber.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 511.
Vorsprecher: Emil Kuffert, Nr. 191.

Adressenveränderungen

Gau Mittelrhein. Postfachkonto 26483, Amt Karlsruhe in Baden. Fernsprecher Nr. 5018.
Chefred. in Kollstein. Vorhender: Oskar Engel, Kaiserstr. 2.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeletzte Adresse):
Im Gau Thüringen d. Seher Heinrich Diegmann, geb. in Lindenbüchel 1893, ausgel. in Dingelstädt 1907; 2. der Drucker Alois Sander, geb. in Dingelstädt 1893, ausgel. dal. 1912; waren schon Mitglieder. — Emil Prox in Weimar, Werkstättenstraße 35. (Kierzu eine Beilage.)

Freie Faktoren-Bereimung Deutschlands

Sitz der Zentral-Kommission in Frankfurt a. M.
Monatlich Organisationsheft Nr. 1. — mit der Bereimung zum freien Bezug der F. F. B.-Mitteilungen. Wegen Umstellung und Auschnitt wurde man sich an den Vorständen der F. F. B. Rudolf Schlotterbeck, Frankfurt a. M., Schulstraße 77, oder an die Kollegen für den Tarifkreis II: Max Standl, Brühlstraße 41; Tarifkreis IV: Dr. Görner, Entlage 1, Mühlstraße 96a; Tarifkreis V: Georg Suchenreuter, Regensburg, Bruderwundstraße 14; Tarifkreis VI: Ernst Strahl, Pöhlstraße 1. 2b, Wohlhabstraße 10; Tarifkreis VII: Paul Gurenschoff, Leipzig-Schleußig, Könnichstraße 46 II; Tarifkreis VIII: August Engwe, Berlin SO 36, Wiener Straße 14a; Tarifkreis IX: Max Günther, G. H. B., Rabenberglstraße 33; Tarifkreis X: Adolf Schumdt, Hamburg, Mrovwstr. 11; Tarifkreis XI: Karl Hauff, Brandenburg a. d. H., Wallstraße 5. [245]

Zum baldigen Eintritt suchen wir
einen erfahrenen Druckereischmann mit guten Papierkenntnissen als **Kalkulationsbeamten**
Mannheimer Vereinsdruckerei, Mannheim.

Mehrere Typographen
in angenehme Dauerstellung gesucht.
Wilhelm Preuße & Co., G. m. b. H., Gellenkirchcn. [317]

Als Stütze des Betriebsleiters
Suchen wir für unsere Buchdruckerei einen tüchtigen **Seher oder Schweizerdegen**
Einige Kenntnisse im Hebräischen und im Berechnungswesen erwünscht, da der Betrieb die Korrekturen zu lesen und möglichst auch Berechnungen anzustellen hat. Zuverlässige, gewissenhafte Herren, denen an Nebenstellung gelegen ist, wollen uns ihre Angebote umgehend einreichen.
M. Lehrberger & Co., Frankfurt a. M., Schlierstraße 19. [792]

Schrieffeher
(Stiftung aus der Ostmark) sucht Stellung als **Zeitungs- oder Akzidenzfeher**
Merken an Otto Varg, Alten-Essen, Grünstraße 70. [821]

Schrieffeherereifaktor
langjährige Praxis, ausgeprägter Organifator, in allen Fächern der Gieherei vollständigem, vorzüglichem Maschinenkennner, befähigt, auch dem größten Personal mit Umficht und Takt vorzulesen und den Betrieb in moderner, zielbewußter Weise zu leiten, sucht sich zu verändern. Prima Zeugnisse stehen zu Diensten. Weiß. Offerten unter K. Z. 820 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stellungstausch!
Tausche meine Dauerstelle und Preis Zimmerwohnung, Nähe Köln, gegen gleiche in Prowing Hannover oder Westfalen. Großstadt bevorzugt.
Offerten unter „Schweizerdegen 811“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Chemnitz - Dresden
Stellungstausch
Welcher Maschinenmeister aus Chemnitz oder Umgebung wünscht sich nach Dresden zu verändern?
Zuschreiben erheben an N. Krause, Dresden 23, Sachsd. Str. 5, 1814

Monatshpegel Leipzig!
Mittwoch, den 22. Dezember, abends 5 Uhr:
Zusammenkunft
im Restaurant „Schwarze Kunst“, Stummengasse, Ecke Kreuzstraße. [812]
Ein vollständiges Geschehen wegen der wichtigen Tagesordnung erwartet
Der Vorstand der
Leipziger Maschinenfche. vereimigung.

Korrektorenderei Hamburg-Mitona
Nächster Latzinsunterricht am Dienstag, 4. Januar. Der Vorstand. [819]

Eine Bibliothek für neun Mark
erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitsverwehrsachenbuch“. Enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B.: Verfassung, Geldwesen, Heerwesen, Finanzen, Steuerwesen, Eisenbahnen, Auswanderung, Unternehmern u. Arbeitnehmersverhältnis, Wirtschaftssysteme, Parliamente, Redemittel, Volkswirtschaftslehre, Sozialwissenschaft, Arbeiterbewegung, Verfallschlechtsverfahren, Soziale Versicherung, Arbeitsverwehrsachen, Systeme der Volkswirtschaft, Kapitalisierung, Gewinnberechnung, Indexziffern, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw. Preis 9 Mh., beim Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 11. [754]

Einzelungen an den „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“
auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

Neujahrs-Karten
mit Buchdruckermotiven
in Gold und 7 Farben, mit und ohne Glanzvergoldung, 100 Stück bianco 10 Mh., in Blau, Namen u. Wohnort 17,50 Mh.
H. B. Bechtold & Co. Wiesbaden, Verlag, Buchdruckerei und lith. Anstalt.

Segregale und Kästen
sowie Formregale, Segregale, Malchische, Malen- und Farbenkästen, Segregale usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.
Bejner & Moll, Cäfeldorf, Graf-Adolf-Str. 112 II. [780]

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [349]
Bejner & Moll, Cäfeldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Musikinstrumente
aller Art
Garantiert für hervorragende Güte
Max Dörfel, Klingenthal, S. 13.
Preisliste frei

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmuckwaren, Bücher.
Kataloge unsonst a. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407
Bolle-Allianca-Strasse 7-10.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Verfall-Ausbildung. Aushilfe durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**.

Leiffaden zum Aufbau der Juristerei
Schnellpresse, 2. Regel, geb. postfr. 3,20 Mh.
Schnellpresse, 2. Regel, geb. postfr. 3,20 Mh.
Papiermaschinen, postfr. 2,30 Mh. p. Boreinpaß
Werkzeuge-Drucker
preiswert vom Selbsthersteller. Vereine erhalten Rabatt. Preisliste postfr.
M. Haug, Stuttgart, Hohenzollernstraße 9. Postfachkonto 156 12. [445]

Am 3. Dezember verschied nach dreißigjährigem Franksein unter lieber Kollegen und langjähriges Mitglied, der Meisterr
Heinrich Quante
im 41. Lebensjahre. [813]
Sein eheliches Charakter und sein offenes Wesen sichern ihm ein dauerndes Andenken.
Ortsverein Sattigen-2.

Am 7. Dezember verstarb unter lieber Kollegen, der Seherinvalide
Arno Diehe
im Alter von 62 Jahren. [809]
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Orts- und Bezirksverein Altenburg.

Am 11. Dezember verstarb an den Folgen eines Schlaganfalls unter Kollegen
Emil Schumacher
im Alter von 54 Jahren.
Der Verstorbene war uns ein lieber Freund, ein freies, langjähriges Verbandsmitglied, Ehre seinem Andenken
Ortsverein Rützingen-Wilhelmshaven.

Am 12. Dezember verstarb unter lieber Kollegen wollen Inserenten der Portierparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Geldinlage, Geschäftsstelle des „Korr.“.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Beitrag ist bei Bestellung gleich miteinzuliefern.

Beilage zu Nr. 145. — Leipzig, den 18. Dezember 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Nichts ist beständiger als der Wechsel. Vergangenheit und Zukunft gehen fortwährend ineinander über. Auf dem Höhepunkt einer Zeitalterperiode, in der das Sauerwort „Organisation“ den Gedanken des Zusammenfassens auf allen Gebieten des menschlichen Strebens und Handelns mächtig beeinflusst und fördert, kündigt sich bereits eine neue entwicklungsgeleitete Notwendigkeit an: die Konzentration. Überall im Wirtschaftsleben löst man auf Bestrebungen zur Zusammenfassung und zur Vereinfachung der Organisationsform zum ausgewählten Zweck einer Machtsicherung. Unternehmerium und Arbeiterchaft wenden der Konzentrierung ihrer organisatorischen Kräfte das lebhafteste Interesse zu.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller als Interessenvertretung der Schwerindustrie geht heute mit dem Bunde der Industriellen, dem Vorkämpfer der Interessen der verarbeitenden Industrie, Hand in Hand. Die Streitart zwischen beiden ist vergraben. Aus den beiden mächtigen Zentren der Arbeitgebervereinigungen, der „Kampfbünde“ und der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“, ging bereits vor der Revolution eine Einheitsorganisation hervor. Ein Zusammenchluss aller Streikversicherungskassen war der nächste Schritt auf dem Wege zum engeren Zusammenchluss. Die Förderung in dieser Beziehung soll nun eine „Gewerkschaft der Unternehmer“ bilden, entsprechend dem vom Sanftabund ausgehenden Bestreben, alle überhaupt bestehenden Vereinigungen von Unternehmern in Industrie, Handel und Landwirtschaft zusammenzufassen in einer beherrschenden Zentrale. Auch in der Gewerkschaftsbewegung treten seit dem Kriege die Bestrebungen auf Zusammenfassung einzelner Verbände zu leistungsfähigeren, nachvolleren Organisationsgebilden immer augenfälliger zutage.

Die freigewerkschaftlichen Zentralverbände bildeten selber den gelandeten Kern, um den sich die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse gruppierte. In Zukunft werden große Industrieverbände diesen Mittelpunkt bilden. Dies waren die Formen und Methoden der Unternehmerverbände bei der Bekämpfung von Arbeiterforderungen maßgebend für die Organisationsform und die Abwehrmaßnahmen der Arbeiter. Auf diese klug beobachtete Anpassung an die Entwicklung im Wirtschaftsleben ist ein gut Teil der sehr beträchtlichen gewerkschaftlichen Erfolge in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Ungelöstes des Konzentrationsprozesses, wie er sich neuerdings im Rahmen untr Wirtschaft beschleunigt vollzieht, steht auch die Gewerkschaftsbewegung wieder vor einer Stombiegung, vor neuen organisatorischen Aufgaben. Das gewaltige Erstarken fast sämtlicher Verbände ist als ein sicherer G: admeßer für die herrschende Not der Zeit zu betrachten, nicht minder aber auch für das in der Arbeiterchaft vorhandene Wollen, diese Not zu überwinden durch eine bessere, vernünftigeren Wirtschaftsordnung. Eine Wirtschaftsform, die nicht eingestellt ist auf den Profit des einzelnen Unternehmers, sondern auf die Bedarfswirtschaft der breiten Volksschicht. In wirtschaftlichen Fragen sind die Arbeiter heute mehr als je interessiert. Sie haben erkannt, daß sie selbst durch ihre produzierende Tätigkeit ein maßgebender Faktor sind, und daß die Grundlage aller Wirtschaftspolitik von der Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß, in der Warenerzeugung, abhängt. In früherer Zeit haben sich verhältnismäßig wenige Arbeiter um die tieferen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens gekümmert. Und noch weniger Arbeiter beschäftigten sich in sozialistischen Bildungskursen theoretisch mit der Volkswirtschaftslehre. Seutzutage liegen die Dinge anders. Selbst ist jeder Arbeiter berufen und verpflichtet, sich das nötige wirtschaftliche Verständnis anzueignen, um gegebenenfalls zur praktischen Betätigung im Wirtschaftsleben (insbesondere als Betriebsrat oder als Gewerkschaftsfunktionär) in der Lage zu sein. Dabei kommt es nicht nur darauf an, zu wissen, was der Arbeiterchaft nützt, sondern wie er erreicht die das zu erstrebende Ziel. Um darüber ein zuverlässiges Urteil zu gewinnen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, die in der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit wurzeln. Trotz der gewaltigen Summe von Zeitumständen und Machsfaktoren, die der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit entgegenwirken, sind doch im allgemeinen schon recht beachtliche Reultate in der Durchdringung wirtschaftlicher Fragen zu verzeichnen. Man erkennt in Arbeiterkreisen mehr und mehr, daß die Beherrschung des Wirtschaftsapparats nicht zu erwerben ist durch die plötzliche Übernahme, sondern nur durch schrittweise Durchdringung des Willens dazu auf Grund eines zu erkämpfenden Mitbestimmungsrechts in den Betrieben. Nur auf diese Weise kann das hohe Ziel — die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — erreicht werden. Die Träger der Produktion, die Hand- und Kopfarbeiter, haben sich, nach den Forderungen des Betriebsrätekonferenzen, organisatorisch und geistig darauf einzustellen. Das ist die zwingende Pflicht aller wirtschaftlichen Kampfesorganisationen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der aus ihrer Mitte hervorgehenden Betriebsräte, der Ver-

treter der Arbeiter im Produktionsprozeß. Daraus entspringen wiederum erhebliche Verpflichtungen für die Arbeiterorganisationen. Mehr noch als bisher müssen sie nicht allein Kampfesvereinigungen für eine bessere Lebenshaltung sein, sondern sie haben einen geistigen Mittelpunkt zu bilden, eine Waffenkammer für den Kampf um die Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschen. Aber dieses Ziel kann es heute innerhalb der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung keinen Streit mehr geben. Nur der einseitigen Wege zum gefestigten Ziele bleib kritisch. Unzerfrenlich davon ist der Streit um die den meisten Erfolg versprechende Organisationsform. Ein kleiner Teil der Arbeiterschaft zeigt sich bereit, die heutigen Verbände dem unklaren Begriffe der sogenannten Einheitsorganisation zu opfern, ein anderer Teil schwärmt nach dem aus der Berliner Münzfrage stammenden Rezept für einen Neubau auf dem schwankenden Fundamente der Arbeiter- und Betriebsräte, während die Mehrzahl der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter auf der Grundlage der bestehenden Zentralverbände in organischer Entwicklung zu Industrieverbänden gelangen will. Um das Für und Gegen die eine oder die andre Organisationsform dreht sich der ganze Streit, der die praktische Gewerkschaftsarbeit schon allzu lange empfindlich behindert. Hoffentlich ist der Zeitpunkt einer endlichen Klärung über die zu erstrebende und unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erreichende Organisationsform nicht mehr fern, nachdem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Initiative dazu ergriffen hat. Eine von ihm neuerdings eingesezte Kommission hat nämlich die Aufgabe, für die Gründung von Verbänden bestimmter Industriegruppen die nötigen Unterlagen zu beschaffen. Möge für die Arbeit der Kommission und auch für den zukünftigen Gewerkschaftskongress in der Frage der Industrieverbände das kluge Wort Schmollers richtunggebend sein: „Man muß gegenwärtig nicht Abschwören der bisherigen Ideale fordern, sondern mit praktischem Verstande sich auf das zunächst am leichtesten Erzielbare unter Vorbehalt der allen Ziele beschränken!“

Inzwischen dürfte es angebracht sein, einmal Umschau zu halten, ob und inwieweit die Arbeiter rechts von den freien Gewerkschaften den Konzentrationsbestrebungen im Unternehmerlager Rechnung tragen.

Eine im „Deutschen Gewerkschaftsbund“ entstandene Rahmenorganisation für die christliche Gewerkschaftsbewegung umfaßt neben dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften den Gesamtverband der christlich-nationalen Angestelltenverbände und den Gesamtverband der christlichen Staatsarbeiter- und Beamtenorganisationen. Von dem gewaltigen Mitgliederzuwachs zu den Gewerkschaften seit der Revolution haben auch die christlichen Gewerkschaften profitiert, obgleich sich (nach einer Feststellung in ihrem Jahresberichte) die begabten Erwartungen nicht ganz erfüllt haben. Am Schlusse des Berichtsjahrs 1919 betrug der Mitgliederbestand 1000770; inzwischen soll die Mitgliederzahl auf 1250000 gestiegen sein. Der Zuwachs vom 31. Dezember 1918 bis Ende des Jahres 1919 bezifferte sich auf 482211 Mitglieder oder auf 85,8 Proz. Infolge der Revolution erlangte die christliche Gewerkschaftsbewegung auch international eine höhere Bedeutung. Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften berichte unlängst über einen Mitgliederbestand von 4 Millionen. Die stärksten deutschen Verbände sind der christliche Metallarbeiterverband mit 210000 und der christliche Bergarbeiterverband mit 152000 Mitgliedern. Die Stärke der christlichen Gewerkschaftsbewegung erscheint, in Vergleich gestellt zu der freigewerkschaftlichen Bewegung, nicht allzu bedeutend. Immerhin muß — worauf auch die „Freiheit“ mit Recht hinwies — bei wirtschaftlichen Bewegungen wie bei den politischen Klassenkämpfen des Proletariats in entscheidenden und bei den Bestrebungen auf Sozialisierung des Wirtschaftslebens im Vordergrund stehenden Industriezweigen das Stärkeverhältnis der christlichen Gewerkschaften beachtet werden. Im Bergbau bedeuten die 152000 Christlichen neben den 436000 Mitgliedern des alten Bergarbeiterverbandes sogar eine Macht, was noch deutlicher in Erscheinung tritt, wenn man bedenkt, daß die Ausdehnungsfähigkeit der Organisationen nicht mehr sehr groß ist. Beide Verbände umfassen zusammen 588000 Mitglieder. Dazu kommen die Gruppen der polnischen und sibirisch-donnerschen Bergarbeiter und die Angehörigen der freien Bergarbeiterunion, die ebenfalls gerade im Bergbau eine gewisse Bedeutung erlangt hat. Unter den drei christlichen Verbänden, die seit 1913 einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben, befindet sich der Gutenbergbund.

Wenn das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in seinem Artikel zum Jahresberichte hervorhebt, daß der Wahnsinn der rein privatkapitalistischen Wirtschaftsweise sich niemals deutlicher gezeigt habe als in den Tagen der großen deutschen Not, läßt man wohl erwarten dürfen, daß von den christlichen Gewerkschaften auch die nötigen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden würden. Die beste Gelegenheit dazu wäre auf dem letzten Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom 24. bis 27. November in Eisen vorhanden gewesen, also in einem Wirkungsgebiete, wo der Kapitalismus zur höchsten Vollendung und Macht gelangt

ist. Doch es dort in keiner Weise geschah, läßt uns das Selbstüber die die wahrnehmbare privatkapitalistische Wirtschaftsweise als ettel Blendwerk erscheinen. Obwohl Stegerwald dem sozialistischen Prinzip in seinem Hauptreferat einige Scheinkonfessionen machte, indem er sich für „die Umformung untr Wirtschaft im Geiste des sozialen Fortschritts und der Umwertung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers vom Objekt zum Mitträger der Wirtschaft“ aussprach, ging selbst dieses Zugeständnis andern Führern noch zu weit. Einer der hervorragendsten unter ihnen glaubte demgegenüber sogar die Feststellung machen zu müssen, daß der Sozialismus der Schulträger an dem Abend und der Armut untr Zeit ist. Dieser kaum zu überstellenden Gedanklosigkeit entsprach denn auch die Gründung eines christlich-nationalen Blochs in Form einer christlich-nationalen Volks- und Arbeiterpartei ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses. Diese Partei soll keine neue Klassenpartei werden, sondern eine Partei, die sich an alle Klassen und Berufe wendet, die „eines guten Willens“ sind, die sozialistischen Herrschafts- und Wirtschaftsgedanken zu bekämpfen. Mit einem solchen Substanzmüdel gedenken also die christlichen Gewerkschaften den Schwierigkeiten zu begegnen, die aus der in schnellem Tempo sich vollziehenden Zusammenballung privatkapitalistischer Interessenklänge für sämtliche Gewerkschaftsrichtungen erwachsen! Auf die Antwort der christlichen Arbeiter darf man ebenso gespannt sein, wie auf den Entschluß der von den christlichen Gewerkschaften ausgehenden Erbschaft ihres politischen Mutterbodens, der Zentrumspartei. Die freien Gewerkschaften haben nach dem Essener Kongress allen Anlaß, die christlichen Gewerkschaften nach wie vor als unklare Kantonskisten im proletarischen Bestrebungsampfe zu betrachten. Ihre zweideutige Haltung dürfte wohl bei dem Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues noch offenkundiger werden. Immerhin vermögen die christlichen Gewerkschaften den Drang nach einer besseren, vernünftigeren Gesellschaftsform nicht aufzuhalten. Vielmehr reihen die Triebkräfte der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung diese über sich selbst hinaus einer neuen Zukunft entgegen.

Am die gleiche Zeit wie die Christlichen tagte eine andre Sparte der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in Berlin, der Gewerkschaftskongress. Auch hier haben wir es mit einer Rahmenorganisation zu tun, die den Verband der Sibirisch-donnerschen Gewerkschaften mit dem gleichgerichteten Gewerkschaftsbund der Angestellten nebst Unterorganisationen und mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband zusammenschließt. Die Tagung war von etwa 500 Delegierten besucht. Aber die Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsrings sprach Erkelens. Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in und nach dem Kriege habe bemerkt, daß erhebliche Teile aller Volksschichten noch nicht volles Verständnis für die Pflichten in der Freiheit und für die Selbstverantwortung als Staatsbürger hätten, wie sie für ein demokratisches Staatswesen unentbehrlich sind. Als Beweise dafür wurden von Redner die starke Verbreitung des Wunders und Schieberturns, die ungeordneten Gewinne in Industrie und Handel, aber auch die unsoziale Handlungsweise vieler Arbeiterkreise angeführt. Er dachte dabei an die wilden Streiks, Arbeitsniederlegungen in gemeinnützigen Betrieben, absichtliche Herabsetzung der Arbeitsleistung, Zertrümmerungsversuche der Gewerkschaften, an die Putsch gegen die Republik usw. Um diese sozialen Krankheitserscheinungen zu überwinden, hätten sich 700000 organisierte Arbeiter und Angestellte im Gewerkschaftsringe zusammenschließen. Sie bekennen sich zur Ablehnung der Gewalt im Wirtschaftsleben, zur zielbewussten Reform auf dem Wege des Rechts. Sie wünschen die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Sie halten fest am Gedanken des Tarifvertrags, der Vertragsstreue und des Schiedsgerichtswesens. Sie wollen, daß die Löhne den Lebensunterhaltungskosten angepaßt werden. Sie fordern die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften, ferner den Aufbau der Gewerkschaften auf zentraler berufsgewerblicher Grundlage und lehnen entschieden selbständige Betriebsorganisationen oder Betriebsrätezentralen ab. Sie treten für die Aufrechterhaltung und Förderung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft ein. Alle gesund denkenden Arbeiter müßten sich den ihre Interessen schützenden Puffchen, Tarifbüchern und Gewaltmaßregeln energisch widerlegen. Die Arbeiterschaft könne ihre Ziele nur mit den Mitteln des Rechts erreichen. — So gut, so schön. Fast alle diese Wünsche und Ansichten sind auch von freigewerkschaftlichen Standpunkten zu vertreten, und es bedürfte sonach einer organisatorischen Zerpflückerung nicht, wenn auf Seiten der Sibirisch-donnerschen Gewerkschaften wirklich die Energie vorhanden wäre, die aufgestellten Forderungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Daran hapert es jedoch zumeist, und die Sabotage bleibt deshalb Krumpf. Das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit an den auf die Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung abzielenden Forderungen des Gewerkschaftsrings, die sich vollinhaltlich decken mit den eigennützigen Sozialisierungspänen der Stinnes und Kontorin, die von den freien Gewerkschaften als undiskutabel abgelehnt werden.

Einen größeren Schritt weiter rechts stehen die Wirtschaftsfriedlichen aus Prinzip, die Gelben, die von jeder

Ihre Meinung und ihre Überzeugung für jeden Judasohn verkaufen. Auch sie hielten am 31. Oktober und 1. November in Charlottenburg unter der Firma Nationalverband Deutscher Gewerkschaften eine Reichsfagung ab. Der Reichsarbeitsminister, der sowohl bei den Christlichen wie auch bei den Sozialdemokratischen war, blieb dem gelben Herrenklub fern, was vom Vorlesenden Geißler als ein unerhörtes Schandmal bezeichnet wurde. Dafür zierten Vertreter der Deutschnationalen und ähnlichen Publikum diesen „Arbeiterkongress“. Die 600 Kongreßteilnehmer entkamen angeblich allen Teufen des Reiches. In seiner Begrüßungsansprache erklärte der Vorlesende triumphierend: „Heute und morgen wird ein Stück der Revolution, ein Stück der Sozialdemokratie begraben. Das Frohlocken der Sozialdemokraten und eines Teiles des Bürgerlums über den Untergang der Gelben sei verflucht gewesen. Mehr als 150.000 Arbeiter und Angestellte hätten sich in den gelben Gewerkschaften wieder aufgenommen.“ Weiter trat er als Anführer derer auf, die den 9. November als eine Errungenschaft der deutschen Arbeiterschaft feiern wollen, sprach von den roten Fäulnissen der Revolution, vor denen sich kaum die Unternehmer hätten retten können, rief nach Ruhe und Arbeitsfrieden und predigte den „Kampf gegen den Terror, der heute die Massen unterjocht“. Dann ergahle Herr Geißler über: „Die deutschen Gewerkschaften auf falschem Wege“. Schließlich hielt Freiherr v. Lersner einen Vortrag über den Friedensvertrag. Das positive Ergebnis der gelben Reichsfagung war gleich Null und die angenommene Resolution über die „dem Wohle der Arbeiter und Angestellten am besten dienende Wirtschaftsform“ ist das Papier nicht wert, das zu ihrem Abdruck erforderlich ist. Auf den erhobenen Anspruch der Gelben, als ordentliche Gewerkschaft zu gelten, gab die „Soziale Praxis“ eine treffende Antwort, indem sie in ihrer Kongreßberichterstattung folgendes schrieb:

Solange der Gegensatz von Arbeit und Kapital — welcher Art er auch immer sein mag — noch bestehen wird, solange wird eine Bewegung, die den Auszug dieses Gegensatzes auf dem Weg einer zielklaren und bewußten Selbsthilfe stets verneint, nicht die Anerkennung erreichen, daß sie die Fähigkeit habe, berechtigte Forderungen der Arbeitnehmerschaft, die eine sittliche, volkswirtschaftliche und staatspolitische Notwendigkeit darstellen, zu erheben und durchzuführen. Die Tätigkeit dieser Kreise, die vor aller Augen liegt, bringt den klaren Nachweis, daß von ihr keine durchgreifende und anhaltende Förderung der Arbeiterbelange erwartet werden kann. Die Palliativmittel dieser wirtschaftsfriedlichen Verbände stehen in gar keinem Verhältnis zu dem gewaltigen Ausmaß des naturnotwendigen, in den Verhältnissen begründeten Ringens zwischen dem Unternehmer und den unselbständigen Hand- und Kopfarbeitern. Auch derjenige, der immer und immer wieder

„Mittel für eine legale Form beim Austrage wirtschaftlicher Streitigkeiten, wird einem Verbands, der keine Augen vor der tatsächlichen Zustände hat zu sehr verwickelt, den gewerkschaftlichen Charakter abbrechen müssen.“

Bedauerlich bleibt nur die Tatsache, daß überhaupt noch Arbeiter den gelben Unternehmerföhlungen Gehorschaft leisten. Bei Ausbruch der Revolution waren die Gelben so gut wie verschwunden; sie triffen nur noch ein Schein-dasein. Erst nach dem Erstarken der Reaktion wagten sich die wirtschaftsfriedlichen Elemente aus ihren Schlupfwinkel wieder hervor. An der Unterstützung des Unternehmertums dürfte es ihnen nicht fehlen. Wenn sich auf Arbeiterseite nicht so viele Ultraradikale als Schriftmacher der Reaktion betätigen, würde der Anhang der Gelben sicherlich geringer sein.

Das trifft bis zu gewissem Grade auch auf die beiden andern rechts von den freien Gewerkschaften stehenden Organisationsrichtungen zu. Heute schon zählen sie nach Millionen, und es ist leider zu befürchten, daß ihre Zahl und ihr Einfluß in dem Maße wachsen werden, in dem die Zerlegung der freigewerkschaftlichen Verbände nach dem jesuitischen Moskauer Rezept erfolgt. Wehrt deshalb den Anfängen kommunistischer Zellenbildung, wo immer sich solche zeigen! Konzentrieren wir als freie Gewerkschaftler unsere Kräfte auf die nächsten und dringlichsten Dinge nach dem Vorbilde des Unternehmertums, dann wird sich trotz aller Nacht der Gegenwart der Zukunftsmorgen doch hoffnungsvoller gestalten!

□ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die Buch- und Kunst-druckerei Kurt Rohrer in Peine (Hannover) gewährte anlässlich ihres 25jährigen Geschäftsjubiläums am 10. Dezember d. S. ihrem Gesamtpersonal eine einmalige Teuerungsbeteiligung von 50 bis 250 Mk. Dies ist um so höher zu bewerten, als die Firma seit jeder sämtliche Versicherungsbeiträge in voller Höhe (seit August d. S. nur für Verheiratete) trägt und außerdem laufend seit etwa zwei Jahren je nach Kinderzahl eine freiwillige Kinderhilfe zahlt. — Die Kurt Hamel'sche Druckerei und Verlagsanstalt (Inh. Kurt Hamel) in Berlin gewährte ihrem Personal und Mitarbeitern eine Weihnachtsgroßzahlung von 50.000 Mk. Davon entfiel auf das technische Personal für Verheiratete bei einer Beschäftigungsdauer von mindestens einem Jahre 200 Mk., Ledige 150 Mk., Weibliche 100 Mk., von drei Monaten bis zu einem Jahre 100 Mk., Lehrlinge 75 Mk. Die Rückzahlung des aus Anlass des Kampfpulches bewilligten Vorschusses von 100 bzw. 50 Mk. wurde dem technischen Personal erlassen. Gleichzeitig wurde dem Personal in Aussicht gestellt, daß

je nach Lage des Geschäftsganges eine Gratifikation zur Auszahlung gelangt. — Die Verlagsanstalt und Buch-druckerei Republik (Hug & Co.) in Kuffingen gewährte ihren technischen Mitarbeitern eine wirtschaftliche Teilbeteiligung von 75 Mk., den Frauen und Kindern derselben je 50 Mk., den Lehrlingen je 50 Mk.

Anfichtsabzüge bei Druckaufträgen. Die Berliner Handelsbank hat, wie sie in Nr. 11 ihrer „Mitteilungen“ bekanntgibt, auf eine Anfrage über die Verpflichtung zur Vorlegung eines Abzugs vor Ausführung eines Druckauftrags ein Gutachten abgegeben, wonach es „zwar vielfach der Fall, aber nicht handelsüblich sei, bei Druckaufträgen vor Ausführung des Auftrags einen Abzug zu überlassen“.

Neuere Teuerungszahlen für Berlin und Leipzig. Nach den bekannten Erhebungen Dr. Suckow's ergab sich für den Monat November für Groß-Berlin folgender Betrag als wöchentliches Existenzminimum:

	für einen Mann	für ein kinderloses Ehepaar	für ein kinderreiches Ehepaar mit zwei Kindern
Ernährung	54	90	136
Wohnung	9	9	9
Beheizung, Beleuchtung	22	22	22
Beheizung	30	50	70
Sonstiges	38	57	79
	153	228	316

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann 25 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 38 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 53 Jahren. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8000 Mk., für das kinderlose Ehepaar 11900 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16500 Mk. Vom November 1913 bis zum November 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,90 Mk. auf 153 Mk., d. h. auf das 9,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,45 Mk. auf 228 Mk., d. h. auf das 10,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,95 Mk. auf 316 Mk., d. h. auf das 10,9fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 10 Pf. wert. (Im Oktober war die Mark ebenfalls 10 Pf., im September und August 10—11 Pf., im Juli 9—10 Pf., im Juni 10—11 Pf., im Mai und April 8—9 Pf., im März 9—10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gemessen.) — Für Leipzig ergaben die Berechnungen des städtischen Statistischen Amtes (Dr. Lübbert) als Kostenpunkt für den Mindestaufwand einer aus zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1/2 Jahren bestehenden Familie innerhalb der letzten drei Monate bis in die letzten Tage bis 12. Dezember) folgende Ziffern:

	I.	II.	III.	IV.
für Ab- rüh- rung, Woh- nung, Beheizung und Be- leuchtung.	Mk. 907	Mk. 460	Mk. 1367	Mk. 342
für Ab- rüh- rung, Woh- nung, Beheizung und Be- leuchtung.	Mk. 935	Mk. 462	Mk. 1397	Mk. 349
für Ab- rüh- rung, Woh- nung, Beheizung und Be- leuchtung.	Mk. 941	Mk. 463	Mk. 1404	Mk. 351
für Ab- rüh- rung, Woh- nung, 	Mk. 962	Mk. 463	Mk. 1425	Mk. 356
für Ab- rüh- rung, Woh- nung, 	Mk. 964	Mk. 463	Mk. 1427	Mk. 357

Die Teuerungszahlen I und nach der Anweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amte der Stadt Leipzig aufgestellten Grundätzen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Unternehmer- und Arbeiterverbände und des Groß- und Kleinhandels, berechnet. Bezüglich der höheren Ziffern für Leipzig ist zu beachten, daß sich diese Berechnung auf den Bedarf einer fünfköpfigen Familie aufbaut, während für Berlin eine vierköpfige Familie in Frage kommt.

Kulturfonds der Zellstoff- und Papierindustrie? Der Berliner Papiergroßindustrielle Wilhelm Hartmann machte vor kurzem in der Tagespresse den Vorschlag, zur Abchwächung der Not der deutschen Wissenschaft einen sogenannten Kulturfonds der Zellstoff- und Papierindustrie zu schaffen. Er bezeichnet es offen als eine Interessensaufgabe der Papierindustrie, in erster Linie der Absatzmöglichkeit und Absatzfähigkeit des in Deutschland gedruckten Buches über überhaupt gedruckten Erzeugnisses auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Kunst den Weg zu ebnen. Sein Vorschlag geht nun dahin, daß die deutsche Papier- und Zellstoffindustrie durch ihre Verbandsorganisation „I. bis 1/2“ Proz. ihres Gesamtumsatzes vorerst auf die Dauer eines Jahres einem zu diesem Zwecke zu gründenden Fonds, den er „Kulturfonds der Zellstoff- und Papierindustrie“ nennen möchte, zur Verfügung stellt. Dieser Fonds wäre den beiden „Allgemeinständen der deutschen Wissenschaft und Kunst“ zu übergeben und ihrer Verwaltung zu übertragen, der die Papierindustrie in geeigneter Form mit angehören muß. Hartmann ist des weiteren der Auffassung, daß der von ihm angenommene Prozentfuß in seiner Gesamtheit grobe Beträge bringen und den einzelnen doch nicht zu sehr bedrücken würde. Die Erparnis eines besonderen Verwaltungsapparats und einer allgemeinen Propaganda, die an und für sich schon eine Menge von Kosten verschlingen würden, könnten der Sache selbst nur förderlich sein. Es sei klar, daß mit diesen idealen Bestrebungen die Förderung des Absatzgebietes Hand in Hand geht. Aber dieses Moment sollte und dürfte für diese Aktion nicht ausschlaggebend sein. Deutschlands gesamtes Kultur- und Wirtschaftsleben könne ohne den dauernden Zusammenhang mit der Wissenschaft und Kunst nicht bestehen. Sämtliche Wirtschaftszweige,

insbesondere die Papier- und Zellstoffindustrie, haben der rationalen wissenschaftlichen Forschung ihre hohe Blüte und Bedeutung in der Weltwirtschaft zu verdanken. Eine wissenschaftliche Forschung ist aber nur möglich durch die Kenntnis anderer Anschauungen, durch die Zugänglichkeit bisher erzeugter Arbeit, kurz durch gegenseitige Befruchtung der Wissenschaften überhaupt; und daraus gehe die Notwendigkeit einer Förderung der Produktion guter Werke deutlich hervor. Das ureigenste Interesse der Papierindustrie erfordert es gebieterisch, die Wissenschaft zu fördern, um der Wissenschaft zu nützen. Die Zellstoff- und Papierindustrie, der gerade die letzten fergangensten Jahre eine Belebung ihrer eignen Verhältnisse gebracht haben, müßte daher in den ersten Reihen stehen und der deutschen Wissenschaft das geben, was ihr zukommt. Diese Anregung sollte in den Kreisen der Papierindustriellen weitestgehende Beachtung finden. Denn es handelt sich hier lediglich um eine Weiterführung der großen Schichten, die angeht die hohen Papierpreise für die Drucklegung und Verbreitung der deutschen wissenschaftlichen Werke und neueren Forschungsergebnisse auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und Strebens zum größten Nachteile der gesamten deutschen Volkswirtschaft entstanden sind.

Amerikanische Verkrüftung der französischen Presse. Welchen Einfluß das amerikanische Kapital auf einen Teil der führenden französischen Presse und damit auf die öffentliche Meinung Frankreichs gewinnt, geht augenfällig daraus hervor, daß nach einer Amsterdamer Meldung die Standard Oil Co. zwei Drittel der Anteilsscheine des „Matin“ erworben hat. Dadurch hat der amerikanische Erdöltrust entscheidenden Einfluß auf „Figaro“, „Eclair“, „Matin“, „Dépêche de Lyon“ sowie auf „Revue des deux Mondes“, „Je sais tout“ und sämtliche Verlagswerke des Pariser Hauses Laflotte erhalten. Frankreich leidet ebenfalls sehr unter der Entwertung seines Geldes. Die Lage der Presse ist prekär. Es ist darum leicht erklärlich, daß Amerika mit seinen glänzenden Valuta-verhältnissen in den Volkstaschensäckeln jeden Preis für die Instrumente der öffentlichen Meinung zahlt.

Betriebsergebnisse. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Aktiengesellschaft, verzeichnet nach Abzug der ordentlichen Abschreibungen von 2460454 (im Vorjahre 2284964) Mk., einschließlich Vorrags von 616475 (587660) Mk. für das Geschäftsjahr 1919/20 einen Reingewinn von 6081992 (4216475) Mk. Es sollen demnach 12 (10) Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 36 Mill. Mk. und 6 Proz. als Halbjahrsdividendenanteil für die im Jahre 1920 neu ausgegebenen 18 Mill. Mk. verteilt werden. Auf neue Rechnung kommen 681008 Mark (im Vorjahre 616000 Mk.).

Gegen die kommunizistische Zellenbildung. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erließ einen Aufruf an die Mitglieder, der sich gegen die Verpflanzung der Bestrebungen der Dritten Internationale in seine Reihen wendet. Darin heißt es: „Es ist beobachtet worden, daß in einzelnen Ortsgruppen bereits Sondergruppen mit eigener Leitung und eigenem Programm gebildet sind, die für die Dritte Internationale wirken wollen. Es sind Kurier- und Wanderredner entsandt worden, die der Zellenbildung das Wort geredet haben. Rundschreiben, Fragebogen und sonstige Schriftstücke sind hinausgegangen. Sitzungen, Verammlungen und Konferenzen sind veranstaltet worden. Man hat versucht, die Anhänger der Dritten Internationale in leitende Stellen des Verbandes zu bringen. Alles dies bedeutet eine Gefahr für die Organisation! Der Vorstand hat die Pflicht, diese Gefahr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Dieser Pflicht entsprechend hat der Vorstand einstimmig beschlossen, jedes Mitglied, das in vorstehend bezeichnetem Sinne eine gewerkschaftsschädigende Tätigkeit ausübt, vor allem aber, wenn es Verbandseinrichtungen den Zwecken der Dritten Internationale nutzbar macht, aus dem Verbande zu entfernen.“

Der Aufstieg der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Bis Ende Oktober d. S. ergab die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in ihren Handelsabteilungen einen Umsatz von 924048775 Mk. und wird es bis zum Jahreschluß auf etwa 1 1/2 Milliarden Mark bringen. Ist auch die zahlenmäßige Steigerung zu einem erheblichen Teil auf die Teuerung (Geldentwertung) zurückzuführen, so ist doch auch in manchen Warenarten ein Mehrumsatz zu verzeichnen. Trotz der großen Schwierigkeiten sucht die Gesellschaft dauernd ihren Betrieb zu erweitern. Bezüglich des Fisch- und Fleischwarengeschäfts ist zu bemerken, daß Schritte zum Ausbau unternommen sind. In Oestfemünde wird ein Kontor errichtet, das frische Fische in der Auktion erhebt und sie verpackt und versendet. Außerdem ist in Altona ein Grundstück erworben, in dem Mariniererei, Braterei und Räuchererei eingerichtet werden. Ein weiterer Schritt vorwärts ist getan, indem in den hauptsächlichsten Produktionsgebieten Personen für den Verkauf von Landesprodukten beschäftigt sind, die den betreffenden Lagerverwalter in seinen etwas erweiterten Funktionen unterstützen. Einkaufskontore im Auslande sind in Aussicht genommen. Neue Lager sollen in Stuttgart, Königsberg und voraussichtlich in Minden errichtet werden. Neue Einkaufsvereinigungen wurden errichtet in Goslar, Hergberg, Falkenberg, Plattling und Würzburg; geplant sind solche in Ulm, Gilda und Gießel. Es geht also vorwärts, bei den einzelnen Vereinen wie bei ihrer Zentrale.

Verschiedene Gänge

„Typographische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Abdruckverbands der Deutschen Buchdrucker. 17. Jahrgang, 1920, Heft 11. Preisung vierteljährlich 5 Mk.; unter Erziehung jährlich 24 Mk. Einzelheft 2,50 Mk. Diese Zeitschrift erscheint am Anfang eines jeden Monats.